



Weg gehen...

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



- IN DIESER AUSGABE

"We don't feel shame to be anarchist" – Anarchistische Bewegungen in Kuba. TEIL II Verteidigung des Gedankenexperiments über den "anarchistischen Staat" Die politischen Gruppen sind nicht die Lösung, sie sind das Problem!



Editorial

Liebe Leser*innen.

vor kurzem ist in der neuen Schriftenreihe "DadA-Studien" die Arbeit "Deutschsprachige anarchistische Periodika heute. Ein Bericht zum digitalen Medienwandel" erschienen. Der Autor Günter Hoerig untersucht darin die Veränderungen regelmäßig erscheinender anarchistischer Publikationen im Zuge der neuen Möglichkeiten digitaler Medien. Anhand vier für die deutschsprachige anarchistische Medienlandschaft besonders relevante Publikationsbeispielen untersucht Hoerig deren Umsetzung, darunter auch die Găi Dào - "als Beispiel für eine Neugründung (2011), die direkt als elektronische Publikation startet" (S. 36). Gelobt werden unter anderem die Lesbarkeit der Zeitschrift bei der Benutzung verschiedener Geräte (PC, Tablet, Smartphone), wodurch "eine optimale Verbreitung erreicht wird" (S. 54). Von Hoerig kritisiert wird, dass nicht alle Möglichkeiten, die einer Online-Publikation zur Verfügung stehen, ausgeschöpft werden. Er führt beispielsweise fehlende Verlinkungen vom Artikel zu weiteren Internetseiten oder die fehlende Einbettung interaktiver Elemente an. Allerdings schreibt er auch: "Hierin sind die Herausforderungen für die redaktionelle Arbeit zu sehen: Interaktion muss gepflegt und Vernetzung ständig aktuell gehalten werden." (S. 55). Gerade hierin stoßen wir als Redaktion immer wieder an unsere Grenzen: An Ideen mangelt es uns nicht – statt dessen an zu wenigen Menschen, die sich einbringen und neues umsetzen könnten. Wer sich bei der GaiDao im Redaktionskollektiv einbringen möchte – sei es mit neuen Ideen oder Mitarbeit im Bestehenden, möge mit uns Kontakt aufnehmen.

Am 5.Mai 2018 findet die Buchmesse "Konsum ohne Terror" im WATT in Berlin (Metzer Str. 9) statt. Neben vielen anderen interessanten Zeitungsprojekten ist auch die GaiDao mit einem Zeitschriftenstand dabei. Wir freuen uns über Besuch und Austausch.

ma (für die GaiDao-Redaktion)



Das Coverbild zeigt ein Plakat vom Mai 1968 in Frankreich: "Eine Jugend, die zu oft von der Zukunft beunruhigt ist"

Impressum:

Herausgeber*innen: [改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv

monatlich

V.i.S.d.P.: Gai Dao

c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg Eigenverlag

Druck und Verlag: Erscheinungsweise: Kontakt:

Kontakt: redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

改道]

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, oder Zeichnungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

Weltweit



Analyse & Diskussion



Q4 "We don't feel shame to be anarchist"

Anarchistische Bewegungen auf Kuba

Teil II des Reiseberichts

10 Die Kraft der gegenseitigen Hilfe

Die Comunidad la Esperanza auf Cran Canaria

Bewegung



12 Kämpfen, Produzieren, Organisieren

Union-Coop meets Vio.me

Kultur & Alltag



13 Pazifismus ist kein Schicksal.

Alexandre Elsigs Buch Die Aktionsliga der Bauarbeiter – Der Anarchismus erobert die Genfer Baustellen der Zwischenkriegszeit

16 Wie geht Utopie?

Reproduktionstechnologien zwischen Gegenwart und Zukunft

Verteidigung des Gedankenexperiments über den "anarchistischen Staat"

Erwiderung von Peter Seyferth auf Mona Alona in der Gǎi Dào Nr. 87

Die politischen Gruppen sind nicht die Lösung, sie sind das Problem!

Ein Plädoyer gegen politische Gruppen und für eine Organisierung und Politik mit Bezug zum eigenen Alltag und der eigenen Betroffenheit

Termine



31 FdA hautnah

Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe- Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete "*innen" (Gendersternchen) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

"We don't feel shame to be anarchist" Anarchistische Bewegungen in Kuba. Teil II

Der folgende Artikel beruht auf einem Gespräch mit Aktivisten der Gruppe Taller Libertario Alfredo López (libertärer Arbeitskreis Alfredo López) im Jänner 2017 und einer Literarturrecherche.

★ Von: Andreas Gautsch

Observatorio Critico und der libertäre Frühling

Dass es heute wieder eine anarchistische Gruppe in Kuba gibt, ist gewissermaßen dem kubanischen Kulturministerium zu verdanken. Dieses initiierte in den Jahren 2003 und 2004 ein Social-Science-Event, an dem verschiedenste Forscher*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen der Insel teilnahmen, um über die aktuelle Situation in dem Land und zu Themen wie Bildung, Umweltschutz und Gender zu diskutieren. Die Auseinandersetzungen wurden Jahr für Jahr kritischer und es entwickelte sich ein Netzwerk, das die gegenseitige Wahrnehmung und Unterstützung bestärkte.

Die Teilnehmer*innen hatten nicht nur Ideen, sondern arbeiteten bereits an ihren spezifischen Projekten. In einem ging es

und wünschte ihr alles Gute auf der weiteren Reise. Am 1. Mai in diesem Jahr traten Aktivist*innen von Obersavtorio Critico auch auf der staatlichen 1. Mai Demonstration in Erscheinung. Auf einem Transparent prangte ein großes "@" um auf die Notwendigkeit der freien digitalen Vernetzung und der Kommunikationsmöglichkeiten mit Menschen auf der ganzen Welt anzuspielen (Internet und Kuba war und ist immer noch ein sehr spezielles und schwieriges Thema), auf einem weiteren Transparent stand der Slogan: "Sozialismus ist Demokratie, Pfeif auf die Bürokratie!" (Dimitri Prieto-Samsonov. 2010) Dieser kleine Auftritt wurde von der kommunistischen Partei nicht gut aufgenommen und hatte für einige Aktivist*innen einen näheren Kontakt mit der Staatspolizei und Hausarrest bei den kommenden 1. Mai Manifestationen zur Folge.

beispielsweise darum, Spiele für Kinder zu entwickeln, die nicht auf Konkurrenz und Wettkampf beruhen und gemeinsam von Alt und Jung gespielt werden können, sodass in einem Viertel schließlich eine Generation von Kindern mit diesen Spielen aufwuchs.

Die gegenseitige Hilfe ist deshalb auch notwendig und wichtig, da diese Projekte keine finanziellen Unterstützungen erhielten und allein durch die Kraft und Energie der Leute verwirklicht wurden.

Die Plattform Observatorio Critico war eine ambivalente Einrichtung. Sie wurde von staatlichen Stellen gestützt, gefördert, aber auch kontrolliert, sie funktionierte nichtsdestotrotz auf eine antiautoritäre Weise und gab die Handlungsmacht in die Hände der Akteur*innen. Sie war ein Laboratorium und für einige der Anstoß, weiter in Richtung Anarchismus zu gehen.

Im Jahre 2010 erklärte das Kulturministerium die Plattform für "alt genug", um auf eigenen Beinen zu stehen

in Gang, den einer der Gruppe im Gespräch folgendermaßen erklärte:
"We don't feel shame to be anarchist." Sie begannen, ihre Vorstellungen und
Ideen in anarchistische

Zur selben Zeit setzte sich ein weiterer Prozess

texte zu setzen und begannen, in den Geschichtsbüchern und Ar-

Kon-

chiven zu wühlen. Denn der Anarchismus hatte auf Kuba eine lange Tradition und Geschichte, die durch die autoritäre Machtübernahme von Fidel Castro und der kommunistischen Partei nach der Revolution 1959 abrupt abgeschnitten wurde.

Dies markierte den Beginn der Gruppe "Taller Libertario Alfredo López". Sie begannen sich regelmäßig zu treffen, stellten Informationsmaterialien zusammen, diskutierten viel und setzten ihre Recherchen fort. Neben den historischen Entdeckungen und Aufarbeitungen waren es die Auseinandersetzungen mit den Entwicklungen in anderen Ländern wie China, Venezuela und vor allem Grie-

chenland und den anarchistischen Bewegungen dort. Wichtig war ihnen, in einen Dialog mit anderen Anarchist*innen zu treten und inhaltliche Diskussionen zu führen, aber auch aktivistische Aktionen auf der Straße zu organisieren.

Eine der ersten Aktionen bezog sich auf Alfredo López, nach dem sie sich benannten. Er war ein bedeutender Anarchist der 1920er Jahre und Gründer der ersten nationalen Arbeiter*innenföderation in Kuba. Er wird von der kommunistischen Partei zwar in die Annalen der frühen Gewerkschaftsbewegung eingereiht, jedoch ohne den Verweis darauf, dass er Anarchist war. Im zweiten Teil des Artikels werde ich etwas genauer auf die Geschichte des Anarchismus in Kuba eingehen.

Am Todestag von Alfredo López befestigten die Aktivist*innen ein Bild von ihm auf der Mauer des Hauses, wo er einst lebte und in dem sich mittlerweile ein Lebensmittelladen befand. Sie redeten mit den Leuten, auch mit dem Ladenbetreiber, der irritiert war von ihrer Aktion, schließlich war er der lokale Repräsentant der kommunistischen Partei.

Nach den ersten Versuchen im Jahr 2010 begannen sie im Jahr 2013, in Anlehnung an die Zeitung Tierra! der 20er Jahre, die Zeitung Tierra Nueva herauszubringen. Aufgrund des Mangels an Materialien und Geld erscheint sie seitdem zwar regelmäßig, aber in niedriger Auflage und wird im kleinen Kreis verteilt und weitergegeben. Im Folgejahr fand die Aktionsreihe "Primavera Libertaria" (Libertärer Frühling) statt. Dutzende Aktivist*innen (aus Chile, USA, Deutschland und natürlich auch aus Kuba) nahmen an den breit gefächerten Workshops und Diskussionveranstaltungen teil, sie befassten sich dabei mit Themen wie "Anarchismus in Kuba", "Nahrung aus Permakultur", "Was hat Anarchismus für die Kunst getan und was die Kunst für den Anarchismus?", "Erinnerung an eine andere kubanische Gewerkschaft". Zum Abschluss gab es auch eine Radtour "Durch das anarchistische Havanna". In dem regimekritischen Blog "Havana Times", in dem immer wieder Artikel von Anarchist*innen veröffentlicht werden, wird folgende Aussage von Mario Castillo, einem der Organisatoren, zitiert:

"We want to recover a view of life which has been lost in Cuba, a way of relating to others, of organizing ourselves, which had a fair degree of significance in the first decades of the 20th century, within the workers' movement and in other social sectors." (...)

"In addition, and this may be the most important thing, we are trying to offer a practical existential alternative to the cultural desert we are faced with today, and in response to the State's constant process of expansion within the sphere of culture and human relations." (Isbel Diaz Torres, 2014)

"Primavera Libertaria" fand auch in den darauffolgenden Jahren 2015 und 2016 statt und soll nach einer einjährigen Pause wieder im Frühling 2018 veranstaltet werden. Im Jahr 2015 kam es zu einer überregionalen Vernetzung, so wurde die anarchistische Föderation Zentralamerikas und der Karibik gegründet. Der Gründungskonvent wurde in Santiago de los Caballeros (Dominikanischen Republik) abgehalten, als Gastgeber trat die Gruppe Kiskeya Libertaria hervor. Daran teil nahmen neben der kubanischen Alfredo López Gruppe Aktivist*innen aus den USA (u.a. der Black Rose Federation), von der kleinen und zu den Niederlanden gehörenden Karibikinsel Bonaire und aus den beiden mittelamerikanischen Staaten El Salvador und Puerto Rico. Ein zukünftiges Treffen in Havanna steht in Aussicht, denn hier hatte sich zu Beginn dieses Jahres etwas verändert.

Ein anarchistisches soziales Zentrum in Havanna

Dass Aktivismus in Kuba anders aussieht als in den USA oder Europa hat mit den Rahmenbedingungen zu tun. Politische Demonstrationen, die sich gegen den Staat und Partei richten, sind nicht erlaubt und vor allem gefährlich. Ein publizistischer öffentlicher Auftritt, soweit erlaubt, ist aufgrund der geringen materiellen und finanziellen Möglichkeiten schwierig. Selbst eine stabile Gruppe aufrecht zu erhalten ist eine Herausforderung, da einige der Aktivist*innen sich entweder nur temporär in Kuba aufgehalten oder das Land inzwischen ganz verlassen haben. Denn das Leben bzw. Überleben ist schwierig, die Aussichten sind nicht rosig, auch wenn man kein*e Anarchist*in ist. Durch schrittweise Öffnung der Insel für die private Wirtschaft und die Forcierung privater Unternehmen geht auch hier die soziale Schere immer weiter auseinander. Die Löhne in den staatlichen Betrieben, wie auch in der Verwaltung, den Bildungsund Erziehungseinrichtungen sind gering und reichen nicht fürs Überleben. Die Preise in den Läden und auf den verschiedenen Märkten steigen rasant.

Sich deshalb als Teil einer größeren antikapitalistischen Bewegung zu sehen und Brücken zu anderen, auch neomarxistischen Gruppen zu schlagen, ist für die Gruppe Alfredo López wichtig. Weitere Aktivitäten und Verbindungen gibt es in und zu der LGBT-Bewegung. Einer der Gruppe, der auch in einer antikapitalistischen LGBT-Gruppe aktiv ist, erzählte in dem Gespräch: "Die Leute fragten uns, warum antikapitalistisch? Du bist doch nur schwul!" Wir sagten: "Nein, nein, wir verstehen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung nicht isoliert von den anderen Kämpfen. Die gehören dazu, denn es ist nicht dasselbe, ein weißer schwuler Mann oder eine schwarze lesbische Frau zu sein. Die haben unterschiedliche Positionen und soziale Stellungen." Obwohl Homosexualität in Kuba mittlerweile akzeptiert wird, und sich Mariela Castro, die Tochter

des amtierenden Staatschefs Raul, für die Rechte von LGBT-Personen engagiert, kommt es immer noch zu gewalttätigen Polizeiübergriffen. Einer der Aktivist*innen bekam 2015 bei einer Gay Parade, bei der er ein Transparent "Gegen Polizeigewalt" mit sich führte, genau diese zu spüren.

Trotz der ökonomischen und personellen Schwierigkeiten entschloss sich der Arbeitskreis ein soziales Zentrum aufzubauen, um einen politischen Raum für Austausch und Treffen zu schaffen, sich zu verorten und dadurch aktiv auf eine bestimmte Umgebung einwirken zu können. Die Erfahrungen aus anderen Ländern (z.B in Spanien und Deutschland) bestärkten die Aktivist*innen in dieser Idee. Die Crowdfunding-

Kampagne, die für den Kauf eines Hauses lanciert wurde, war binnen Wochen erfolgreich. Das Haus wurde gekauft, renoviert und beherbergt nun unter anderem ein Büro, eine anarchistische Bibliothek und eine Terrasse, die sich auch für Treffen eignet. Eröffnet wurde das erste soziale und vor allem anarchistische Zentrum in Havanna Ende Februar 2018.

Ziel ist es, mit Bewohner*innen des Viertels Lawton in Kontakt zu treten und zu zeigen, dass es in ihrer Hand liegt, die Wirklichkeit zu ändern und zu transformieren. "Wir wollen soziales Vertrauen aufbauen, das es für eine Gemeinschaft braucht, und die Idee von Autonomie verbreiten."

Denn im Staatssozialismus wurden Eigeninitiativen und kleine Kooperationen zum Erliegen gebracht. Die Dinge selbst in die Hand nehmen und verändern, das möchte die Gruppe vorleben und Strukturen der gegenseitigen Hilfe im Viertel initiieren.

Zur Geschichte des Anarchismus in Kuba

Es gibt dazu einige umfangreiche Arbeiten wie das Buch "Leuchtfeuer in der Karibik" von Sam Dolgoff, oder das Buch des Exilkubaners Frank Fernández "Anarchismus in Kuba". Einen guten Überblick liefert auch der Wikipediaeintrag zu "Anarchismus in Kuba".

Im Folgenden soll kurz auf die 1920er Jahre und die Revolution 1959 eingegangen werden.

Die Diktaturen und die anarchistische Bewegung ab den 1920er Jahren

Die anarchistische Bewegung existierte bereits vor den



20er Jahren und sie war wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern stark vom Anarchosyndikalismus geprägt. 1924 wurde in einem groß angelegten Kongress die "Federación de Grupos Anarquistas de Cuba" gegründet. Die verschiedenen kleinen, lokalen anarchistischen Zeitungen schlossen sich zu der bereits existierenden Zeitung Tierra! zusammen. Die populäre Zeitung sollte bis in die späten 30er Jahre erscheinen und war das Vorbild für die aktuelle Nueva Tierra.

Im selben Jahr wurde im Rahmen eines weiteren Kongresses die "Confederación Nacional Obrera de Cuba" (CNOC), eine nationale Föderation gegründet, in der alle Vereinigungen, Bruderschaften, Innungen und Arbeiter*innenvereinigungen umfasst wurden und die 128 Organisationen mit insgesamt 200.000 Arbeiter*innen vereinigte. Die CNOC existierte bis 1939, sie war die Gewerkschaftsvereinigung des Landes und zu Beginn stark vom Anarchosyndikalismus geprägt, jedoch waren auch sozialistische und kommunistische Gruppen darin aktiv. "In den Gesetzen des Kongresses, der den CNOC schuf, waren die wichtigsten Übereinstimmungen die kollektive Verweigerung des Parlamentarismus, die Forderung nach dem Acht-Stunden Tag und keine Bürokrasollte die gerade geschaffene Organisation zerschlagen" (Frank Fernández, 2005)

Generalsekretär der CNOC wurde der Schriftsetzer und Anarchist Alfredo López. Ein paar Tage später wurde auf der Universität in Havanna von einer kleinen Gruppe von 10 Personen die kommunistische Partei gegründet. Im Mai 1925 wurde General Machado Präsident von Kuba und setzte auf Repression gegen die erstarkende Arbeiter*innenbewegung. Denn nach den Jahren der "fetten Kühe", als die Zuckerindustrie in der Zeit des Ersten Weltkriegs fette Gewinne einstreichen konnte, kam es in den 20er Jahren zur Periode der "mageren Kühe". Wegen der wirtschaftlichen Not und der hohen Arbeits-

losigkeit kam es immer wieder zu Streiks und Protesten,

aber auch zu einer verstärkten Repression vor allem gegen Anarchist*innen und Syndikalist*innen. Korruption und die koloniale Abhängigkeit gegenüber der USA verstärkten das soziale Elend. Es kam zu einer Serie von Bombenanschlägen, die Frank Fernández zufolge von einem Agent Provokateur der Machado-Regierung verübt wurde, aber sie wurden zum Anlass genommen Alfredo López zu verhaften. Ein Jahr später wurde er wieder frei gelassen, es wurde ihm sogar ein Regierungsposten angeboten, doch López lehnte ab. Da er seine anarchistischen Tätigkeiten fortsetzte, wurde er immer wieder polizeilich vorgeladen und mit dem Tode bedroht. Im Herbst 1926 wurde er entführt und verschwand über Jahre. Sam Dolgoff zufolge wurde er ins Meer geworfen wo ihn Haie zerrissen (S.75), seine Überreste wurden erst nach dem Sturz Machados 1933 gefunden. Der Sturz erfolgte nach einem Generalstreik, der vor allem von anarchosyndikalistischer Seite getragen wurde, und nach permanenten Protesten und Aufständen von Seiten der Bevölkerung. Selbst ein Zugeständnis Machados an die kommunistische Partei, das diese angenommen hatte, konnte ihn nicht halten. Die Kubaner*innen stürzten ihn und selbst die USA ließ ihn fallen. Kurz darauf jedoch kam der nächste Diktator an die Macht, Sergeant Fulgenico Batista. Dieser Mann, ein Armeeangehöriger aus der zweiten Reihe, übernahm zunächst das Kommando im Militär und wurde so der mächtige Mann im Hintergrund. In den Folgejahren wechselte er die Präsidenten (9 Stück) nach Belieben aus, bis er sich selbst 1940 mit Hilfe der Kommunistischen Partei an die Macht wählen ließ. Er setzte in diktatorischer Manier einige Sozialreformen um, wie den 8 Stunden (Arbeits-)Tag, das Frauenstimmrecht und soziale Sicherheiten, und ließ eine relativ fortschrittliche Verfassung, die wirtschaftliche und politische Freiheiten und Sicherheiten garantierte, ausarbeiten. Jedoch verkörperte diese eher einen Traum als die Realität. (Aviva Chomsky, 2016, S. 48) In dieser Zeit verstärkte er auch die Beziehun-

gen zur Sowjetunion und schloss sich der Koalition gegen Nazi-Deutschland an. Nachdem er 1944 abgewählt wurde, kam er 1952 mit Hilfe eines Staatsstreiches neuerlich an die Macht. Dieses Mal baute er auf die Hilfe der USA und des organisierten Verbrechens und rückte von der Kommunistischen Partei ab, er ließ sie sogar verbieten. In dieser Zeit trat eine liberaler Sozialreformer und Mitglied der Partido del Pueblo Cubano (Partei des kubanischen Volkes) in Erscheinung. Er kämpfte gegen Korruption, Batista und trat für soziale Reformen ein. Es

war der Jus-Student Fidel Castro. Dieser wurde nun sein wortgewaltiger und aktivster Gegenspieler.

Fidel Castro und die Revolution 1959

Zugegebenermaßen eignet sich Vieles, was sich in den späten 50er Jahren in Kuba ereignete, zur Legendenbildung: Der gescheiterte Angriff auf die Moncada-Kaserne am 26. Juli 1953, der den Volksaufstand gegen die Diktatur Batistas auslösen soll und auf den sich die später gegründete M-26 (Bewegung 26. Juli) bezog; Fidels Verhaftung und seine Verteidigungsrede, in der er den Satz "Die Geschichte wird mich freisprechen" formulierte; sein Exil in Mexiko und das Zusammentreffen mit Che; die gewagte Überfahrt mit der Yacht namens "Granma"; die katastrophale Landung, bei der viele Gueriller@s von der Armee getötet wurden; ihre Flucht in die Wälder der "Sierra Maestra" und der Beginn ihres Guerillakampfes bis zu ihrem triumphalen Einzug in Havanna 1959. Dies alles ist mehr oder weniger bekannt und begründet den Mythos der kubanischen Revolution, die heute noch vielen Linken glänzende Augen beschert. Was gerne übersehen wird, ist, dass die Revolution in Kuba nicht von einer Massenbewegung von Landarbeiter*innen oder Proletarier*innen durchgeführt wurde, sondern von einer politisch breiten Bewegung, der Bewegung 26. Juli (M-26-7), die Fidel Castro zwar ins Leben gerufen hatte, die aber von den verschiedensten autonom agierenden Fraktionen unterstützt wurde. Darunter fanden sich katholische Organisationen, liberal-demokratische, sozialrevolutionäre und auch anarchistische. Vor allem in den Städten gab es aktive Gruppen, die u.a auch Anschläge und Sabotageaktionen durchführten. Geeint wurden sie in der Ablehnung der Batista Diktatur. Castros politisches Programm versprach neben der Landreform eine Sozialreform und eine liberale Verfassung. Wenige Wochen nach dem Sturz des Re-

gimes sprach er davon, dass er kein

Kommunist sei. "Der Kapitalismus mag den Menschen durch Hunger töten – aber der Kommunismus tötet den Menschen, indem er ihm seine Freiheit raubt." (Sam Dolgoff, 1976

Es mag zwar stimmen, dass Castro zu diesem Zeitpunkt noch kein überzeugter Parteikommunist war, bei Che und seinem Bruder Raul lag es definitiv anders. Sie waren schon lange glühende Verfechter eines Kommunismus sowjetischer Prägung. Erst nach der Machtübernahme nahm der Einfluss der kommunistischen Partei deutlich zu, was

Fulgencio Batista y Zaldívar, 1952 bis 1958 Diktator von Kuba

bei vielen auch hochrangigen Gueriller@s auf Ablehnung stieß. Viele verbüßten diese mit ihrem Leben, langjährigen Gefängnisstrafen oder sie mussten fliehen.

Entgegen Castros Ankündigung im April 1959, "Wenn auch nur eine Zeitung verboten wird, wird sich bald keine Zeitung mehr sicher fühlen – und wenn auch nur ein einziger Mensch wegen seiner politischen Ideen verfolgt wird, wird sich niemand mehr sicher fühlen" (Sam Dolgoff, 1976 S.187) war die Zeit für Widersprüche und Kritik bald vorbei. Die Kommunistische Partei, die im Kampf gegen Batista keine herausragende Rolle gespielt hatte, hatte Ende 1960 das Heft fest in der Hand.

Inwieweit Castros Umschwung, der bald nach der Machtübernahme begann, hin zu einer politisch-wirtkommunistischer Kontrolle, Verstaatlichung von Grund und Boden sowie auch der Produktionsstätten, eine Geheimpolizei mit ausgeweitetem Spitzelwesen, das vor allem über die "Komitees zur Verteidigung der Revolution", die bis in die Gegenwart existieren, aufrechterhalten wurde. Über dieses feingliedrige Netz - in jedem Dorf in jedem Stadtteil, befindet sich so ein Komitee - wurde die Nachbarschaft ausspioniert, wurden Personen denunziert, aber auch aktiviert. So waren die Komitees eine wichtige Einrichtung in der Kampagne zur Bekämpfung des Analphabetismus. Nicht zu vergessen sind auch die Straflager, die den 60er Jahren errichtet worden sind und in denen politische Gegner*innen und LGBT-Menschen interniert wurden.



schaftlichen Orientierung an die Sowjetunion bereits länger angelegt war und auch seinem Antiamerikanismus geschuldet war (nicht zu verwechseln mit Antiimperialismus) oder ob die politische Reaktion der USA Castro in die Arme der Sowjetunion trieb, wird verschiedentlich bewertet. Der Anarchist und Exil-Kubaner Abelardo Iglesias sieht ersteres als gegeben, die US-Historikerin Aviva Chomsky argumentiert in Richtung der zweiten Annahme.

Fakt ist, dass das US-Außenministerium anfangs verzweifelt versuchte Castro für sich zu gewinnen. Erst als klar wurde, dass er sich nicht für die Interessen der US-Außen- und Wirtschaftspolititk gewinnen ließ und nicht daran dachte, seine Landreform und die damit einhergehende Enteignung der US-Firmen zurückzunehmen, setzten die USA alles daran, das neue Regime so schnell wie möglich zu stürzen. Die von den USA unterstützte und gescheiterte Invasion in der Schweinebucht 1961 war eines der bekanntesten Manöver, legendär sind auch die unzähligen Attentatsversuche auf Fidel Castro.

In Kuba entwickelte sich im Lauf der Jahre ein autoritärer Staatssozialismus nach sowjetischem Vorbild – mit allem was dazugehört: Einheitsgewerkschaft unter Die Anarchist*innen erkannten sehr früh die Gefahren und mussten sie leidvoll am eigenen Leib erfahren. Viele wurden vom neuen Regime inhaftiert, gefoltert und ermordet. Wer konnte, ging ins Exil. Frank Fernández schrieb dazu: "Die Mehrheit der Kubaner unterstützte am Anfang Castro mit grenzenlosem Jubel. Es kam ihnen so vor, als ständen sie am Tor zum Paradies, in Wirklichkeit war es das Vorzimmer zur Hölle." (Frank Fernández, 2005)

Vom langjährigen Kampf der anarchistischen Exilkubaner*innen, vor allem von jenen, die nach Florida geflohen waren, erzählt Frank Fernández eindrucksvoll, um den Linken und auch den Anarchist*innen in den USA und Europa die Situati-

on begreiflich zu machen und ihre Kritik an der Revolution von Fidel Castro, Che Guevara & Co zu schärfen. Es war ein Kampf gegen Windmühlen, denn die karibische Revolution erfreute sich unter den westlichen Linken einer ungebrochenen Beliebtheit. Erst mit dem Buch von Sam Dolgoff "Leuchtfeuer der Karibik" änderte sich die Situation und die kritiklose Begeisterung für den kubanischen Sozialismus geriet ins Schwanken. Zum Abschluss noch Auszüge aus dem Erfahrungsbericht von Augustin Souchy, der Monate nach der Revolution in Kuba verweilte um sich die Ergebnisse der sozialen Umwälzung vor Ort anzuschauen und sie mit jener von Spanien 1936 zu vergleichen. Sein Bericht wurde in Kuba nie veröffentlicht.

"In Spanien waren es die Bauern selbst, die ihren eigenen Sozialismus einführten, indem sie den Ackerboden gemeinsam bebauten und die Früchte ihrer Arbeit gerecht unter allen aufteilten. Und auch die Arbeiter in den Städten verwandelten die Privatunternehmen in Kollektivbetriebe, die sie selbst verwalteten. Bei euch in Kuba kam die soziale Umwälzung von oben. Die Agrarreform wurde vom Staate dekretiert und von Regierungsbeamten

[改道] **Gai Dào** N°89 - Mai 2018 **09**

durchgeführt. Auch die Nationalisierung von Privatunternehmen in den Städten geht bei euch vom Staate aus. In Spanien wurde die freie Kollektivwirtschaft, in Kuba die zentrale Staatswirtschaft eingeführt. In Spanien ging der Ansporn zu den revolutionären Veränderungen von den Arbeitern und Bauern, in Kuba von Fidel Castro und seinen revolutionären Guerilleros aus." (Sam Dolgoff, 1976, S.118)

"Der Fortschritt der kubanischen Revolution hängt ab von der Entfaltung der eigenen Initiative der Massen und vom Eindringen des revolutionären Geistes in alle Schichten des arbeitenden Volkes. Zentralistische Tendenzen und diktatorische Machtaneignung von Revolutionsführern sind eine Gefahr für die neu erkämpften Freiheiten und führen zum Verfall der revolutionären Errungenschaften. Der sicherste Weg zur Verwirklichung der Revolutionsziele ist das direkte Eingreifen des Volkes selbst." (Sam Dolgoff, 1976, S.119)

Literatur:

Aviva Chomsky, Eine Geschichte der kubanischen Revolution. Von der Conquista ins 21. Jahrhundert, Unrasi Verlag Münster, 2016

Frank Fernández, Anarchismus in Kuba, 2005, online unter: http://www.anarchismus.de/transnational/kubaanarchismus htm, 10.3.18

Sam Dolgoff, Leuchtfeuer in der Karibik, Eine libertäre Betrachtung der kubanischen Revolution, Libertad Verlag Berlin, 1976

Artikel:

Dimitri Prieto-Samsonov, Cuba in the Central American and Caribbean Anarchist Federation, Havana Times, 2015, https://www.havanatimes.org/?p=110789, 18.2.18 Dimitri Prieto-Samsonov, Is July 26 the Happiest Day in our History?, Havana Times, 2016,

https://www.havanatimes.org/?p=120200, 18.2.18
Dimitri Prieto-Samsonov, Anti-Bureaucracy Slogans in
Havana parade, Havana Timees, 2010,
https://www.havanatimes.org/?p=23593, 18.2.18
Isbel Díaz Torres, Havana's Libertarian Spring, Havana

https://www.havanatimes.org/?p=103435, 18.2.18

Isbel Díaz Torres, Cuba Anarchist Event Off to Good Start Havanna Times, 2015 https://www.havanatimes.org/?p=111673, 18 2 18

Anarchismus in Kuba,
https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchismus_in_Kuba



Santa Maria de Guia

Die Kraft der gegenseitigen Hilfe

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie viel Kraft und positive Wirkung Solidarität und gegenseitige Hilfe entfalten können, wenn sie nicht nur Parolen sind, sondern in die Tat umgesetzt werden.

★ Von: Esperanza

Die Comunidad la Esperanza ist Spaniens größtes selbstverwaltetes Hausbesetzungsprojekt. In vier Wohnblocks leben etwa 200 Menschen – die Hälfte davon Kinder und Jugendliche – die Zwangsräumung und andere prekäre Lebenssituationen hinter sich haben. Sie organisieren sich basisdemokratisch in Plena und Arbeitsgruppen. Der Alltag ist geprägt von gegenseitiger Hilfe. Ins Leben gerufen wurde dieses Wohnprojekt vor fast 5 Jahren von der Anarchistischen Föderation Gran Canaria (Federación Anarquista de Gran Canaria, FAGC).

Am 22. März 2018 wurde der Esperanza durch den Stromanbieter Unelco (Endesa Canarias) der Strom abgestellt. Die 70 Familien, die dort leben, waren dadurch nicht nur ohne Strom, sondern auch ohne Wasser, da das Wasser mit einer Pumpe in die Häuser befördert wird. Außerdem fürchteten die Bewohner*innen der Esperanza, dass der abgestellte Strom das Vorzeichen für eine bevorstehende Räumung sein könnte.

Als erste Protest-Reaktion blockierten sie die Straße vor dem Wohnprojekt in Santa María de Guía (Gran Canaria) und machten lauthals und topfschlagend auf die Untragbarkeit ihrer Situation aufmerksam.

Dieser Notfall erreichte die Anarchistische Föderation Gran Canaria in einem denkbar ungünstigen Moment. Trotzdem zögerte die Anarchistische Föderation Gran Canaria nicht und stand den Bewohner*innen der Esperanza bei. Ein Genosse verschob sogar seinen Krankenhausaufenthalt, um bei der Rettung der Esperanza helfen zu können.

Die Bewohner*innen selbst berieten sich in mehreren Versammlungen über das weitere Vorgehen. Unterstützt wurden sie dabei auch von dem Sindicato de Inquilin@s Gran Canaria, das von der Anarchistischen Föderation mitbegründete Mieter*innen-Syndikat Gran Canaria.

Eine Schwierigkeit für strategisches Vorgehen stellte dar, dass das Abstellen des Stroms ausgerechnet auf die "semana santa", die Woche vor Ostern, gefallen war. Während dieser religiösen Feiertage sind zahlreiche Institutionen, die ein passendes Ziel für Protestaktionen wären, geschlossen. Die mediale Aufmerksamkeit ist auf die Umzüge gerichtet.

Canaria Nach technischer Beratung durch das Mieter*innen-Syndikat

wurde beschlosen, einen Motor zu erwerben, der die Pumpe betreibt, um wieder Wasser zu haben. Nach dem Vergleich von Modellen und Preisen wurde einer für 1300 Euro gefunden. Die Finanzierung stellte die Bewohner*innen der Esperanza jedoch vor fast unüberwindliche Hürden. Die Anarchistische Föderation Gran Canaria stellte ihre Fonds zur Verfügung, alles, was sie hatten. Darüber hinaus sollte jede Familie aus der Esperanza 15 Euro beisteuern. Sie waren sich jedoch bewusst, dass es dauern würde, das Geld zusammen zu bringen und dass nicht alle Familie diesen Beitrag würden stemmen können.

Am Samstag startete die FAGC spontan einen Spenden-Aufruf über ihren Twitter-Kanal. Große Hoffnungen hatten sie nicht darauf gesetzt. Zumal sie bereits kurz zuvor zu einer Spenden-Kampagne für den Dokumentarfilm "Precaristas" aufgerufen hatten und es ihnen unangenehm war, innerhalb so kurzer Zeit wieder nach Geld zu fragen.

Die Reaktionen auf den Spenden-Aufruf übertrafen dann jedoch alle Erwartungen. Innerhalb von weniger als 24 Stunden konnte die Kampagne erfolgreich beendet werden. Über 80 Organisationen, Kollektive und Einzelpersonen hatten einen Beitrag geleistet. Die Genossin der Anarchistischen Föderation, die an dem Wochenende den Twitter-Account betreute, den Aufruf verbreitete und auf Fragen antwortete, war angesichts der überwältigenden Solidaritäts-Welle so zu Tränen gerührt, dass sie sogar kurz das Handy aus der Hand legen musste, weil sie nicht mehr tippen konnte.

Aus nah und fern war Unterstützung gekommen, wie die Anarchistische Föderation Gran Canaria berichtet: "USA, Deutschland, Portugal, Italien und die spanischen Regionen Katalonien, Baskenland, Valencia, Madrid, Galizien, Kantabrien, León, La Mancha, Andalusien, Balearen, Ka-





Pressekonfernez in der Comunidad la Esperanza



naren und viele weitere, uns unbekannte Orte."

Das feministische Kollektiv La Furia nahm bei einer Benefizveranstaltung auf der Nachbarinsel Teneriffa 127 Euro ein. Diese Summe wurde ebenfalls den Bewohner*innen der Esperanza gespendet.

In einer Presse-Konferenz am Montag berichteten die Sprecher*innen der Esperanza von ihrer dramatischen Lage: 200 Menschen, über die Hälfte davon Kinder und Jugendliche, ohne Wasser und Strom. Sie verdeutlichten jedoch auch, dass sie nicht bereit seien, klein bei zu geben und erzählten von dem geplanten Kauf eines Motors. Auf dem Transparent, das über dem Tisch der Sprecherinnen hing, stand: "Weder Häuser ohne Menschen, noch Menschen ohne Häuser."

In einem Gespräch mit Televisión Canaria erzählte die Sprecherin Tayri Santana, dass die Bewohner*innen der Esperanza von Anfang an klar gestellt haben, dass sie bereit seien, den verbrauchten Strom auch zu bezahlen. Allerdings sei ihrem Wunsch, einen Stromzähler anzubringen, nie nachgekommen worden. Zu den weiteren Forderungen der Esperanza gehört die Legalisierung des Wohnprojekts, reguläre Mietverträge mit sozialen, also nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen, gestaffelten Mieten.

Am Mittwoch war dann endlich so weit: Die damit beauftragte Kommission der Esperanza kaufte den Motor. Er stellt sich als billiger heraus, als erwartet. Von dem übrigen Geld wurde Treibstoff gekauft und ausstehende Rechnungen bezahlt für Wasser, mit dem sie sich in der Zwischenzeit notdürftig beholfen hatten. Unter großer Freude der Bewohner*innen wurde der Motor in die Esperanza gebracht und in Gang gesetzt. Lauter Jubel brach aus, "Es gibt wieder Wasser" und "danke!" wurde gerufen.

Auch die FACG bedankte sich:

"Dies wäre nicht möglich gewesen ohne euch, ohne all diese Menschen, hinter Abkürzungen oder einem Nicknamen auf dem Konto in einem sozialen Netzwerk, hinter dem es ein Gesicht gibt, Umstände und ein Herz. Von hier aus all unsere Dankbarkeit und Liebe dafür, dass ihr gezeigt habt, dass die gegenseitige Hilfe mehr als eine Parole ist. Sie ist so stark, dass sie zum eigentlichen Motor wurde, der verhindert hat, dass das größte Sozialisierungsprojekt von Wohnungen in ganz Spanien erlischt. Ihr seid die FAGC, ihr seid die Esperanza."

Die Esperanza bedankte sich ebenfalls für die erlebte Solidarität auf ihrer Facebook-Seite:

"Hat uns das Rathaus von Guía geholfen, der Stadtrat oder die Regionalregierung der kanarischen Inseln? Hat vielleicht ein Politiker vermittelt? Oder hat vielleicht irgendeine Partei eingegriffen? NEIN. Wir haben Wasser danke der selbstlosen Hilfe der Anarchistischen Föderation von Gran Canaria (die uns ihre ganzen Fonds gege-



Keine Häuser ohne Menschen - keine Menschen ohne Häuser

ben hat, um den Motor zu kaufen) und der 80 Spender aus aller Welt, die beigetragen haben, dass wir ihn kaufen können. Leute, die weder Stimmen noch Fotos wollen. Dies ist die Kraft der Solidarität und dank ihr HABEN WIR WASSER."

Insgesamt kamen 3400 Euro zusammen, twitterte die Anarchistische Föderation. Die 1300 für den Motor wurden bereits der Esperanza übergeben. Die übrigen 2100 werden beim nächsten Plenum nachgereicht. In diesem Plenum wird auch darüber entschieden, wie das Geld verwendet wird. Hauptsächlich dafür, um wenigstens langfristig eine Lösung für das Problem mit dem Strom zu finden und weitere Teile der Gebäude bewohnbar zu machen.

★ Von: Ralf Dreis

"Ohne Chef arbeiten? Basisdemokratisch und selbstorganisiert? Wir wagen den Versuch, weil das für uns die einzig menschliche Art des Wirtschaftens ist." So beginnt die Selbstdarstellung der "union coop", einer Föderation von Betrieben, die sich zusammengeschlossen haben um auf diesem Weg ihre gesellschaftliche Durchschlagskraft zu erhöhen. Es handelt sich um Kollektivbetriebe, die nicht in einer kollektivistischen oder alternativen Nische vor sich hinwerkeln wollen, sondern im Verbund mit anderen Betrieben und der anarchistischen Basisgewerkschaft FAU (Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union) versuchen, solidarische Antworten auf die Zumutungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu finden. Ein erstes greifbares Ergebnis ist der "union coop // shop", ein Kollektivbetrieb, der als Projekt aus dem Zusammenschluss entstanden ist und Produkte der beteilig-Gewerkschaftsmaterialien kämpferische Gewerkschaftsbewegung, und Erzeugnisse vergleichbarer selbstverwalteter Betriebe aus dem Ausland, vertreibt.

So können seit März 2018 über die Homepage https://www.union-coop.org/ auch Produkte der besetzten Seifenfabrik Vio.Me aus Thessaloniki bestellt werden. Neben den Klassikern, wie des auch in Deutschland bekannten Vio.Me-Solidaritäts-Seifenblocks, liegt der Fokus auf den neuen, verbesserten Produkten der ECO-Linie. Der Verkaufsstart der Vio.Me Produkte bei union coop fiel mit dem 5-jährigen Jubiläum der Wiederinbetriebnahme der Fabrik in Eigenregie zusammen. Im Mai 2011 hatten die damaligen Eigentümer*innen die Fabrik für chemische Baustoffe mitsamt der seit Monaten unbezahlten Belegschaft sich selbst überlassen. Die Arbeiter*innen bestzten einen Teil des Betriebsgeländes und entschieden sich nach erfolgloser Investorensuche im Februar 2013, die Produktion von biologischen Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln unter eigener Kontrolle zu beginnen. Noch heute müssen sie um den Erhalt ihrer von polizeilicher Räumung und Zwangsversteigerung bedrohten Fabrik kämpfen. Vio.Me ist inzwischen längst zum Symbol über Griechenland hinaus geworden. Der Kampf der Belegschaft verbindet den Kampf um ein würdiges Leben der Arbeiter*innen mit dem Kampf um eine solidarische Welt. Die Belegschaft selbst ist neben ihrer Arbeit und ihrem alltäglichen Kampf in vielen Initiativen vor Ort aktiv. Mit der Aufnahme der Vio.Me-Produkte

ins Sortiment von union coop schließt sich ein Kreis. Schließlich entstand die Idee, Produkte aus rückeroberten Fabriken hier in Deutschland zu vertreiben, auf dem euromediterranen Workers-Economy-Treffen auf dem besetzten Betriebsgelände von Vio.Me im Herbst 2016.

Damals ebenfalls in Thessaloniki vor Ort waren Delegierte der nach langjährigen Kämpfen nun selbstverwaltet produzierenden Tee-Fabrik Scop Ti aus Marseille. Das ihre Produkte nun über union coop auch endlich in Deutschland vertrieben werden, ist laut Kollektivist Hansi Oostinga nicht nur "konkrete Solidarität" für einen selbstverwalteten Betrieb, "sondern auch als praktischer Ansatzpunkt für eine wirtschaftliche Gegenmacht zu verstehen". Zumal die Belegschaft, wie Oostinga betont, einen ähnlichen Ansatz vertritt, und sich nicht nur während des jahrelangen Kampfes, sondern auch heute als Teil einer breiten emanzipatorischen Bewegung positioniert. "Ihr Kampf war immer auch ein gewerkschaftlicher Kampf. Das hat sich bis heute nicht geändert, auch wenn sie, wie ein Kollege es ausdrückte, den Kapitalismus nicht überwunden haben."

Eine Erkenntnis der von selbstverwalteten Betrieben, Basisgewerkschaften und politischen Gruppen besuchten Konferenz in Thessaloniki war, dass ein Schwachpunkt aller selbstverwalteten Fabriken der Vertrieb ist. Dies sollte durch eine engere Zusammenarbeit in Zukunft geändert werden "Wir als Bewegung", so Oostinga, haben in diesem Bereich, "im Zusammenspiel mit dem kämpferischen Teil der Gewerkschaften, wesentlich mehr Möglichkeiten eigene Strukturen aufzubauen". Deshalb wird es in Zukunft außer Produkten von Vio.Me und Tee aus Marseille auch Liköre aus der besetzten Fabrik Rimaflow in Mailand und Olivenöl aus einer von der Landarbeiter*innen Gewerkschaft SAT besetzten Finca in Andalusien geben.





Pazifismus ist kein Schicksal.

Alexandre Elsigs Buch Die Aktionsliga der Bauarbeiter – Der Anarchismus erobert die Genfer Baustellen der Zwischenkriegszeit.

★ Von: Martin Bauer

Die Schweizer Gewerkschaft Unia kämpft seit 2014 für einen Mindestlohn in allen Branchen von 4.000,- Franken pro Monat. Das entspricht fast 4.000,- Euro. Nicht nur beim Lohnniveau ist die Schweiz weltweit führend, auch punkto Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz, Krankenversicherung und anderen sozialen Errungenschaften kann sich die restliche Welt eine Scheibe abschneiden. Doch diese vergleichsweise paradiesischen Zustände im Arbeitsrecht sind auch in der Schweiz nicht vom Himmel gefallen, sondern wurden über Jahre und Jahrzehnte erfochten. Ein besonders anschauliches und interessantes Kapitel aus dieser lokalen Geschichte des Klassenkampfes liegt nun mit Alexandre Elsigs neuem Buch aus dem Französischem übersetzt vor.

Der französischsprachige Historiker Alexandre Elsig entführt uns darin in die französischsprachige Westschweiz während der 1920er und 1930er Jahre, wo sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch in der Bauwirtschaft in Genf langsam bemerkbar machten und rundherum, in Italien und Deutschland, der Faschismus seine Macht festigte.

Es ist die abwechslungsreiche Geschichte der 1920 gegründeten Bauarbeitergewerkschaft SBHV und ihres Verhältnisses zur LAB, eine von der anarchistischen Zeitung Le Réveil beeinflusste, schlagkräftige Arbeiteravantgarde, die mit Gewalt, Sabotage, Boykotten und Sachbeschädigungen arbeitsrechtliche Forderungen bzw. die ausverhandelten Ergebnisse der Gesamtarbeitsverträge (=Kollektivverträge) durchsetzen konnte.

Das Buch folgt dabei dem Leben des Genfer Anarchisten Lucien Tronchet (1902–1982), seinem Werdegang als Gewerkschafter der LAB (Aktionsliga der Bauarbeiter), seinen Aktionen und Konflikten. 1922 gründete er als Maurer die Gruppe Le Réveil, die später auch die einflussreiche Zeitung mit dem gleichen Namen herausgab.

Mit seinen treuen Genossen organisierte er die LAB und wirkte damit in die große, in der ganzen Schweiz organisierte SBHV hinein. Dieses Verhältnis, dass vielleicht mit jenem der bekannteren (und weit größeren) spanischen CNT zur FAI zu vergleichen ist, ist das Verhältnisses einer breiteren, legal organisierten Massenbewegung zu einer militanten Arbeiteravantgarde. Ein heute nahezu vergessenes Konzept, welches in der Historie des Anarchismus aber nicht



nur akzeptiert war, sondern oft erfolgreich Anwendung fand. Ein Problem sind jedoch die sich dabei ergebenden Machtverhältnisse: Die LAB hatte sogar "Anführer", welche nach Kritik an der entstehenden Hierarchie in einem Rotationsprinzip wechselten (siehe S. 76 im Buch).

Auch eine weitere Neuerscheinung desselben Verlags, Emilio Lussus "Theorie des Aufstands" analysiert dieses Problem ausgiebig, jedoch ohne darin im spezifischen auf den anarchistischen Teil der damaligen Arbeiterbewegung einzugehen. Elsigs Buch sollte daher vielleicht als Abdeckung dieses bei Lussu bestehenden blinden Flecks gelesen werden, dessen Buch übrigens 1937 ebenfalls in der Westschweiz verfasst wurde, wo sich Lussu nach Krankheit ins Exil zurückgezogen hatte, um wieder zu Kräften zu kommen und über die revolutionäre Praxis zu reflektieren und seine Erfahrungen zu beschreiben.

Doch zurück zur LAB. Ein Spezifikum der damaligen Bewegung war ihre Mehrsprachigkeit, ohne die es wohl auch auf heutigen Baustellen keinen Meuterkübel mehr zu gewinnen gibt.

Die LAB beschränkte sich in ihrem Kampf nie auf das Blasen von Trillerpfeifen, wie wir es von den heutigen Gewerkschaften im deutschsprachigen Raum gewohnt sind. Ihre Aktionsformen waren vielfältig und umspannten: Wehrdienstverweigerung, Einbruchsdieb-stahl, Sachbeschädigung, Verbreitung subversiver Propaganda (etwa durch Plakate und Broschüren), Verstöße gegen das damalige Aufenthaltsrecht, Krawalle bei diversen Solidaritätsdemonstrationen (darunter auch die wichtigste transkontinentale Bewegung der 1920er, die Kampagne gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti), und all-

gemein den Antifaschismus. Dieser wurde in der Zwischenkriegszeit auch in der Westschweiz in zunehmendem Ausmaß wichtiger. Es konnte deshalb bei Versammlungen der Genfer Arbeiter auch schon einmal vorkommen, dass der Hauptprotagonist des Buches, Lucien Tronchet, mit seiner Pistole in geschlossenen Räumen herumballern musste, um sich bei allfälligen Störern Gehör zu verschaffen.

Ein besonderes Augenmerk sollte unbedingt auf eine Spezialität der LAB geworfen werden: die sogenannte "Fuchsjagd" (S. 52). Das französische chasse aux renards ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine im revolutionären Syndikalismus verbreitete Redewendung und beschreibt das entschiedene Vorgehen gegen Streikbrecher. Tronchet war dabei der Meinung, dass Schaufelstockschläge die Argumentation mit zögerlichen Kollegen enorm beschleunigten. Auf Baustellen, wo während eines Streiks gearbeitet wurde, konnten auch schon einmal die Baugerüste umgestürzt werden. Wenn sich dabei noch Streikbrecher darauf befanden, umso besser, oder wie es Elsig beschreibt: "Die Entwicklung der Aktionsliga ist von einem ausdrücklichen Aufruf zur Gewalt oder sogar zur verschärften Anwendung des Vergeltungsrechts begleitet." Die Gewerkschafts-zeitungen forderten: "Für jedes ausgestochene Auge eines bewussten Arbeiters wollen wir zwei eines Streikbrechers." (S. 56)

Solche Positionen betreffen Kernfragen der Arbeitermilitanz, denn Gewalt gegen Streikbrecher passiert. Ob diese Gewalt jedoch akzeptiert wird und vermittelbar ist, kann entscheidenden Einfluss auf den Ausgang gewerkschaftlicher Kämpfe haben, wie ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte Großbritanniens belegt:

Am 30. November 1984 machte sich während des großen Streiks der Minenarbeiter in Wales ein Streikbrecher in einem Taxi auf den Weg zur Arbeit und damit zum Verrat an seinen Bergarbeiter-Kumpel, die durch die gefährlichen Arbeitsbedingungen in den Minen gewöhnlich ein besonders starkes Vertrauensverhältnis verbindet. Zwar wurde der Streikbrecher von einer Motorradstreife und zwei Polizeiwägen beschützt, aber es half alles nichts, denn die beiden klassenbewussten Arbeiter Dean Hancock und Russell Shankland waren sehr zornig über ihren unsolidarischen Kollegen. An jenem Morgen gingen sie auf die Fuchsjagd: Sie warfen einen Stein von einer Autobahnbrücke und trafen durch Zufall genau das Taxi. Der Wagen verunglückte schwer, der Taxifahrer kam dabei sogar ums Leben. Die beiden Arbeitergenossen wurden erwischt und zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Tausende Kumpels sahen in dieser Aktion eine gerechte Strafe für den Streikbruch und die Kollaboration mit Maggie Thatcher. Während des folgenden Gerichtsprozesses demonstrierten sie in Solidarität mit Hancock und Shankland gegen die Klassenjustiz und sammelten Geld für deren Verteidigung. Gleichzeitig trieben die bürgerlichen Medien jedoch mittels einer Gewaltdebatte einen Keil in die öffentliche Meinung, die bis zu dem Vorfall zu einem Großteil die Streikenden unterstützte. In der Folge schrumpften die Sympathien für die Streikenden und nach mehr als einem Jahr ging der Streik verloren, die Gewerkschaften verloren dramatisch an Einfluss.

Wenn also ein Malheur wie damals 1984 in Wales erst einmal passiert ist und die Medien entsprechend hetzen, ist es zu spät die Legitimität der Anwendung von Gegengewalt zu verteidigen. Die Entwicklung eines kämpferi-



Lucien Tronchet (1902–1982)

schen Klassenbewusstseins breiter Gesellschaftsschichten könnte in ruhigeren Zeiten darin bestehen, politisch eminent wichtige Begriffe wie "Fuchsjagd" zu erklären, in der deutschen Sprache zu popularisieren und auf theoretischer Ebene auch in ihren Konsequenzen zu rechtfertigen. Vielleicht kann so den streikfaulen deutschsprachigen Belegschaften auf die Sprünge geholfen werden, und neue Aktionsformen werden denkbar.

Auch im Kapitel "Die direkte Aktion im Alltag" stellt Elsig Reflexionen zur Gewalt dar, die beim Stand der heutigen Bewegung unbedingte Aufmerksamkeit verdienen, wäre es doch zur Rekonstruktion eines kämpferischen Anarchismus notwendig dessen pazifistisches Image und dessen gewaltfreie Illusionen loszuwerden: ein seltsames gemellaggio welches nun bereits seit Jahrzehnten das Bild des deutschen Anarchismus prägt und für dessen ideologische Entwaffnung und die Verewigung des Gewaltmonopols des deutschen Staates sorgt.

Alexandre Elsig hat mit seinem unkomplizierten und



spannend zu lesendem Buch einen ersten Schritt dazu getan. Der Autor schuf nicht nur eine wissenschaftliche Dokumentation, sondern auch ein witziges Zeitportrait, welches 2015 im Original in französischer Sprache erschien und nun dankenswerterweise auch auf Deutsch vorliegt, noch dazu in ansprechender Aufmachung als Hardcover-Band. Die vielen durch und durch lustigen, kreativen und erfolgreichen Einfälle der damaligen Aktivisten haben das Potential zu motivieren, anzustecken und bereichern die Geschichte der anarchistischen Gewerkschaftspolitik um eine lokale, militante Facette. Nachdem 2013 mit "Die Stimme der Freiheit" ein Porträt von Luigi Bertoni, des Theoretikers des Schweizer Anar-

chismus, erschien, war es nun an der Zeit auch die resultierende Praxis zu beleuchten. Das ist Alexandre Elsig auf sehr anschauliche Weise gelungen. Zahlreiche farbige Abbildungen runden diesen hervorragenden Band ab und rechtfertigen den relativ hohen Preis von 24,- Euro.

Die Aktionsliga der Bauarbeiter –
Der Anarchismus erobert die Genfer Baustellen der Zwischenkriegszeit, Alexandre Elsig.
Aus dem französischen von Daniel Zumbühel
Bahoe Books, Wien 2017

Anzeige



Wie geht Utopie? – Reproduktionstechnologien zwischen Gegenwart und Zukunft

★ Von: ProChoice

Im feministischen Science-Fiction Roman "Frau am Abgrund der Zeit" von Marge Piercy aus dem Jahre 1976 wird eine utopische, befreite Gesellschaft skizziert, in der Babys nicht mehr auf "natürliche" Weise gezeugt und geboren werden. Stattdessen wächst genetisches Material in einem liebevoll gestalteten "Brüter" – der auch den pränatalen Bedürfnissen der heranwachsenden Embryos gerecht wird – zu menschlichem Nachwuchs heran. Es fällt schwer, die dort skizzierte Entstehung menschlichen Lebens als die entmenschlichte/entmenschlichende Retortenbabyfabrik zu verstehen, die in vielen dystopischen Zukunftsvisionen immer wieder als Schreckgespenst beschworen wird.

Der Roman beschreibt die Begegnung zweier Zeitebenen, wobei die Hauptfigur "Conni" aus der dystopischen Gegenwart eines New Yorker Slums stammt. Zwangseingewiesen in eine psychiatrische Anstalt, nimmt eine Person aus einer (im weitesten Sinne) Öko-Anarchistischen Zukunft Kontakt auf. Die Handlung wechselt im Folgenden zwischen den beiden Zeiten, ohne dass eine Person – im Sinne einer Zeitreise – wirklich in die andere wechselt. Es bleibt dabei offen, ob es sich tatsächlich um einen Kontakt zwischen den Zeiten handelt, oder ein lediglich eskapistischer Wunschtraum der völlig entmündigten Conni ist.

Ein Verhältnis besteht in jedem Fall: Connis Perspektive ist auch die unsere, wenn wir über feministische Utopien nachdenken oder diskutieren. Denn dieses findet immer inmitten einer Verstricktheit in gegenwärtige Verhältnisse statt - patriarchal, kapitalistisch, nationalstaatlich, kurz: herrschaftlich. Die umkämpfte Auseinandersetzung um Reproduktionstechnologien und vor allem reproduktive Rechte findet - im Sinne des Romans - immer im Dazwischen statt. Im Spannungsfeld zwischen Gegenwart und Zukunft gilt es bei einer Vorwegnahme des Zukünftigen, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse nicht aus dem Blick zu verlieren. Andersherum können wir gegenwärtig nicht politisch handeln, wenn wir im Jetzt nicht doch die Saat einer anderen, befreiten Gesellschaft ausfindig machen können. In jedem Fall gilt auch das Credo des Romans: dass eine utopische Vision davon lebt, in der Gegenwart erkämpft zu werden – andernfalls wird aus der ermächtigenden Vision doch nur ein eskapistischer Wunschtraum, wo mit jedem verlorenen Kampf die utopische Zukunft verunmöglicht wird.

Der Themenschwerpunkt "Feministische Utopien und Reproduktionstechnologien", den sich das Bündnis Pro-Choice Sachsen in diesem Jahr gesetzt hat, bewegt sich in diesem Spannungsfeld: Die Utopie von Reproduktion, die nicht mehr dem "Diktat der Biologie" unterliegt, muss den existierenden Reproduktionstechnologien und ihren Wirkungen unter gegebenen Verhältnissen gegenübergestellt werden – ebenso wie die Entwicklung dieser Technologien innerhalb der bestehenden Verhältnisse. (Wem nutzen diese Techniken wirklich? Aus welchem Grund und für wen wurden/werden sie entwickelt? Was sind absehbare Folgen?).

Die zukünftigen technologischen Möglichkeiten menschlicher Fortpflanzung, die Piercy in ihrem utopischen Roman auf literarische Weise entwirft, haben wir dieses Jahr bei Pro Choice Sachsen politisch und praxisbezogen diskutiert. Nachdem wir nun im fünften Jahr Gegenproteste zu den Schweigemärschen der christlichen Fundamentalist*innen in Annaberg organisieren (siehe März-Ausgabe) und uns intensiv mit den Organisationen und Machenschaften der selbsternannten "Lebensschützer" beschäftigten (siehe April-Ausgabe), ist nun für uns die Zeit gekommen, gemeinsam in die Zukunft zu schauen und eine emanzipatorische Antwort auf den urkonservation Rollback der Fundis und Rechten zu formulieren. Denn selbst wenn wir es schaffen, die Verschärfung der Strafgesetzgebung und den politischen wie sozialen Druck der Fundis auf Schwangere durch unsere Gegenproteste zu verhindern, ist noch lange nicht alles erreicht. Mehr denn je brauchen wir also eine politische Perspektive, die Frauen*1 aus der alleinigen Verantwortung fürs Kinderkriegen befreit und diese Aufgabe gesamtgesellschaftlich organisiert. Wie solch eine reproduktive Praxis in Zukunft aussehen kann und was mögliche Fallstricke auf dem Weg dahin sind, haben wir versucht in den folgenden Thesen auszuloten. Dabei formulieren wir sicher keine abschließenden Weisheiten,



sondern versuchen uns in bestehenden Debatten zu orientieren und zum Diskutieren anzuregen!

Die unterschiedlichen Standpunkte, welche diese Debatte betreffen sind nicht neu. Shulamith Firestone (Dialectics of Sex, 1975) hatte die Überwindung der "Natur der Frau" als Bedingung für ihre Befreiung formuliert - mit allen nur zur Verfügung stehenden Mitteln. Gegenwärtige Queer-Feministische Perspektiven schlagen einen ähnlichen Weg vor, wenn es heißt: Queere Reproduktionspolitik hat sich die technologischen Möglichkeiten anzueignen und das entfremdende Potenzial von Technologie progressiv hin zu Denaturalisierungsprozessen² zu wenden. Die Rede ist dann von der Disaggregation (biol. Auseinandernehmen) von Natur, Geschlecht und Begehren. Konkret bedeutet das z.B., durch Techniken der künstlichen Befruchtung (In Vitro Fertilisation, IVF) den heterosexuellen Fortpflanzungsprozess zu unterbrechen. Deutlich wird damit vor allem, dass Fortpflanzung ein sozial-natürliches Ereignis ist, was Heterosex, binärgeschlechtliche Körper und Kernfamilie bedeutsam aus dem hegemonialen Zentrum verschieben kann (Dezentralisierung). Für viele Queers war Fortpflanzung noch nie etwas "Natürliches". Gegenwärtig werden ihnen auch die vorhandenen technologischen Möglichkeiten versperrt, da sie nicht in das Schema reproduktiver Staatsbürgerschaftssubjekte passen und somit nur einen erschwerten Zugang zu IVF haben. Reproduktionstechnologie queer anzueignen bedeutet dann vor allem: Technologie nicht nur zur Behebung von Mängeln, Defiziten und Krankheiten (bzw. das, was medizinischer und gesellschaftlicher Diskurs zu solchen erklärt) zu nutzen, sondern sie darüber hinaus als Erweiterung zu verstehen.

Firestone wurde aber schon zu ihrer Zeit von anderen Feminist*innen stark kritisiert. Ihrem Technologie- und Fortschrittsoptimismus wurde entgegengehalten, dass die Wissenschaft für Frauen* oft nur Exklusion und Kontrolle von Körpern bedeutet – warum sollten ausgerechnet hier ein progressiver Prozess angestossen werden?

An anderer Stelle wird das emanzipative Potenzial von technologischem Einsatz in der Reproduktion ebenfalls sehr kontrovers diskutiert. Mit diversen Diagnoseverfahren - vor allem Pränataldisgnostik und Präimplantationsdiagnostik - verbinden sich Vorstellungen von Autonomie und Selbstbestimmtheit, die von vielen Feminist*innen deshalb als relevante Option genannt wereigentlich den. Wie sehr hier aber bevölkerungspolitischer Anspruch in Verbindung mit wissenschaftlich-technologischen Mitteln an ganz anderen Dingen arbeitet als an der Befreiung von Frauen*

kann schnell deutlich gemacht werden. So schreibt Andrea Trumann von "individualisierter Eugenik" und meint damit, dass die Entscheidung gebärfähiger Menschen, eine Abtreibung bei festgestellter Behinderung vorzunehmen, individualisiert worden ist. Eugenische Praxis wird demnach nicht mehr von einem Staat autoritär angeordnet, sondern mittels medizinischer Untersuchungen provoziert, die die Entscheidung Schwangeren entsprechend beeinflussen. Nichtsdestotrotz gilt es, was eine feministische Debatte um Abtreibung betrifft, die Position von Frauen* nicht aus dem Blick zu verlieren. Moralisierende Kritik an der Entscheidung einzelner Schwangerer, aufgrund einer festgestellten Behinderung abzutreiben, setzt auf eben jenem individualisierenden Diskurs auf und verkennt die mitunter erheblichen ökonomischen Risiken, die auf Frauen* warten, selbst wenn das erwartete Kind keine körperlichen oder geistigen Einschränkungen hat.

Im Roman ist Conni von den Reproduktionsmethoden jener zukünftigen Zeit abgestoßen und fühlt sich in ihrer Würde als Frau verletzt, die ihren Selbstwert aus ihrer Opferbereitschaft zieht: "Wie kann ein Mann wohl Mutter sein! Wie kann irgendein Kind, mit dem du nicht verwandt bist, dein Kind sein!" Sie ist wütend, weil man ihr die - wie sie glaubt - einzige Macht, über die sie je verfügte, streitig machen will: ihre Gebärfähigkeit. Vielleicht sind uns diese Vorstellungen und Gefühle fremd. Dennoch verdeutlichen sie, wie schrecklich Freiheit aus einer unfreien Perspektive heraus betrachtet – erscheinen kann. Ebenso zeigt sich, wie schmerzhaft es gerade für die fast Machtlosen sein kann, ihr Quäntchen Macht aufzugeben "im Austausch für keine Macht für niemand." Die Frage nach der Utopie kann somit nie abschließend beantwortet, sondern immer nur neu gestellt werden.

Endnoten:

- ¹ Wenn wir von Frauen* reden, meinen wir damit überwiegend die Menschen, die gesellschaftlich dazu gemacht werden. Zu bedenken ist auch, dass nicht alle gebärfähigen Menschen Frauen sind.
- ² Anmerkung der Redaktion: "Naturalisierung bezeichnet das Erklären der von Menschen geschaffenen und gesellschaftlichen Ordnungen aus der "Natur" der Dinge heraus und bestimmt damit geschichtliche Ergebnisse als eine Form der Natur." Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Naturalisierung

Verteidigung des Gedankenexperiments über den "anarchistischen Staat"

Erwiderung von Peter Seyferth auf Mona Alona in der Gai Dào Nr. 87

★ Von: Peter Seyferth

In der März-Ausgabe der Gǎi Dào hat Mona Alona einen Vortrag von mir¹ kommentiert². Obwohl er ihr überhaupt nicht gefallen hat, blieb sie weitgehend sachlich und machte einen Unterschied zwischen diesem Vortrag und meiner sonstigen Arbeit. Das zumindest freut mich und ich verstehe das als den Beginn einer Diskussion, die hier (oder anderswo) geführt werden kann.

Damit ich aber überhaupt eine würdige Diskussionspartner*in sein kann, muss ich den Eindruck aus der Welt schaffen, meine Argumente seien flach, kritiklos und absurd. Ich glaube, dass ich missverstanden wurde. Ich meine, meiner Verantwortung als anarchistische Wissenschaftler*in ("gute Fragen aufzuwerfen und Erklärungsversuche zumindest zu wagen", wie Mona Alona zu Recht fordert) gerecht geworden zu sein.

Zapatistische Caracol auf dem Weg nach Utopia

Es war nicht meine Absicht, den Anarchist*innen einzureden, dass sie einen Staat gründen oder die aktivistischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ignorieren und sich stattdessen an veralteter oder geschichtsvergessener Theorie ausrichten sollen. Mir ging es in dem Vortrag vielmehr darum, auf ein geschichtlich unveränderliches Merkmal des Staates aufmerksam zu machen, das Anarchist*innen nicht ignorieren dürfen,

wenn sie siegen wollen: Staaten können ausschließlich staatliche Macht als territoriales [räumliches] Ordnungsprinzip anerkennen.

Mona Alona hat zutreffend darauf hingewiesen, dass Staaten einem ständigen Wandel unterliegen und ihre Herrschaft heutzutage teilweise auslagern und vielschichtig verteilen. Dies wird in der Politikwissen-schaft "Global Governance" genannt³. Zwar sind nicht nur Staaten in der Lage, Territorien [Hoheitsgebiete] politisch zu ordnen. In der Geschichte waren z.B. die Ostindien-Kompanien⁴ fähig, Herrschaft auszuüben, ohne Staaten zu sein. Und Anarchist*innen sollten eigentlich der Ansicht sein, dass es ohne Staat möglich ist, ein Gebiet politisch zu ordnen – staatsfrei und herrschaftsfrei.

Aber trotz der vielschichtigen Verknüpfungen von regelsetzenden und regeldurchsetzenden Akteur*innen in der heutigen Weltpolitik ist es Staaten nahezu unmöglich, ein Territorium zu akzeptieren, das nicht durch einen Staat geordnet ist. Sofern es das Ziel von Anarchist*innen ist, große autonome (d.h. staatsfreie) Räume zu schaffen und zu halten, müssen sie das Verhalten der Staaten taktisch berücksichtigen.

Aber vielleicht wollen Anarchist*innen gar nicht siegen. Vielleicht streben sie es gar nicht mehr an, dass irgendwo dauerhaft keine Herrschaft mehr ausgeübt wird, insbesondere keine staatliche Herrschaft. "Das Modell der "Befreiung" eines bestimmten Territoriums muss aus verschiedenen Gründen als überkommen ange-

sehen werden", schreibt Mona Alona, und verweist auf "viele weitere Dimensionen des Freier-Werdens". Ich nehme an, dass damit die Bekämpfung all jener Herrschaftsformen gemeint ist, die in der Intersektionalität⁵ vielschichtig zusammenwirken und die nach und nach in den Anarchismus aufgenommen wurden.



Es ist sehr zu begrüßen, dass auch Patriarchat⁶, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus⁷, Ableism⁸ und andere Unterdrückungsformen zu Angriffszielen des Anarchismus geworden sind. Und es ist zu begrüßen, dass sich Aktivist*innen ernsthaft bemühen, ohne diese zu leben und zu wirken. Nur sehe ich nicht ein, weshalb man darüber das Territorium aufgeben sollte, das der Staat nach wie vor beansprucht.

Solange sich das autonome Frauenhaus, der von der Occupy-Bewegung⁹ besetzte Platz oder der zapatistische Caracol¹⁰ usw. auf einem Staatsgebiet befinden, behält sich der Staat das Recht vor, seine Polizist*innen dorthin zu schicken und seinen Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Falls das im Anarchismus heutzutage kein Thema mehr ist (oder nur von Fall zu Fall in Straßenschlachten und Häuserkämpfen ausgefochten werden soll), sind meine Überlegungen tatsächlich nutzlos.

Aber nehmen wir einmal an, Anarchist*innen wollten tatsächlich den Staat beseitigen oder durch andere zwischenmenschliche Beziehungen ersetzen. Dann müssten sie anstreben, Anarchie zu verwirklichen, also "bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse und Institutionen" zu errichten. Dazu wäre es einerseits sicher nötig, "innenpolitisch" die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und die von Mona Alona vorgeschlagenen alternativen Forschungsfragen nach Grundsätzen, Weltanschauungen, Vorgehensweisen und Begründungen wären dafür sicher ebenso hilfreich wie der reiche Erfahrungsschatz der anarchistischen Projekte, Experimente und Kommunen. Ich würde auch behaupten, dass einiges aus meiner (bisher erst teilweise veröffentlichten) Forschung dazu von Bedeutung ist - insbesondere auch meine Texte zu Utopien und Konsensdemokratie.

Andererseits müsste sich die Anarchie auf einem Territorium abspielen, welches sich nach außen von den umgebenden Staaten abgrenzt. Ohne den Platz, auf dem wir stehen, fehlt uns die materielle Grundlage. Und ohne die Abgrenzung befinden wir uns immer noch in einem Staat. Der springende Punkt meiner Argumentation war, dass in dieser zu gründenden Anarchie nicht nur das passiert, was die Anarchist*innen sich wünschen, sondern dass es nach wie vor einen Einfluss der Nachbarstaaten gibt – so wie auch heute Staaten aufeinander einwirken. Und selbstverständlich gibt es weitere Akteur*innen, die ich in meinem Vortrag ignoriert habe: Konzerne, Söldner*innentruppen, Kommunikationsnetzwerke, Nichtregierungsorganisatio-nen, transnationale Organisationen usw.

Ich meine, dass es sich lohnt, über das staatliche Verhalten in so einem Fall zu spekulieren, also auf eine Art und

Weise nachzudenken, bei der nicht nur konkrete Beobachtungen dessen, was gerade stattfindet, berücksichtigt werden, sondern auch zukünftige Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten, Risiken und Chancen eine Rolle spielen – also mit der Methode der Spekulation etwas darüber herauszufinden, was nicht der Fall ist, aber der Fall sein könnte. Mein Gedankenexperiment ist eine solche Spekulation, und das Ergebnis (das ich provozierend "anarchistischer Staat" nannte) ist daher ebenfalls spekulativ, also eine Mutmaßung. Aber sollten wir überhaupt spekulieren, mit Ideen hantieren, die der jetzigen Faktenlage widersprechen, und von konkreten Geschehnissen verallgemeinern? Ich halte das für sehr nützlich.

Menschliches Handeln ist immer auf die Zukunft gerichtet, da das, was demnächst passieren wird, unter anderem durch das, was jetzt gerade getan wird, verursacht wird. Das ist auch dann der Fall, wenn das Handeln nicht durch eine mögliche Zukunft, also ein Ziel, motiviert ist, sondern eher durch die Vergangenheit – wenn wir also gewohnheitsmäßig oder an früheren Geschehnissen orientiert handeln. Es ist möglich, die Zukunft zu gestalten, ohne sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Das Schöne dabei: Wir werden ständig von den eigenen Handlungsfolgen überrascht; das kann spannend und aufregend sein. Der Nachteil dabei: Wir beschränken uns auf reagierendes Handeln, wenn wir nicht einmal versuchen, uns Ziele zu setzen und sie zu erreichen.

Handlungsziele sind aber Zustände der Welt, die es noch nicht gibt und die es möglicherweise auch nie geben wird, denn erreicht werden sie nur durch das erfolgreiche zielgerichtete Handeln. Weil Handlungsziele ausgedacht sind und nicht den Fakten entsprechen, bedeutet die Planung des eigenen Handelns eine gedankliche Beschäftigung mit Unwirklichem, Ausgedachtem und Erfundenem. Die Schwierigkeit dabei ist, dass wir uns unendlich viele Zustände der Welt ausdenken könnten, obwohl nur wenige davon tatsächlich erreichbar sind. Woher sollen wir wissen, was im Bereich des Möglichen liegt und was nicht? Und woher sollen wir wissen, welche Möglichkeiten durch welche Handlungen erreicht werden?

Außerdem handeln auch andere Leute mit ihren je eigenen Motivationen und Interessen. Deren Handlungen können Einfluss auf unser Handeln haben. Daher ist die Fähigkeit, Handlungsfolgen abzuschätzen, die für erfolgreiches taktisches Vorgehen eigentlich nötig wäre, stark eingeschränkt. Wir können ganz umsichtig planen und ganz planvoll handeln und doch unser Ziel verpassen. Es gibt einfach zu viele Umstände, die wir gar nicht beeinflussen oder auch nur berücksichtigen können, denn

die Welt ist zu vielschichtig für einfache Reiz-Reaktions-Muster. Daher ist es für mich verständlich, wenn manche Leute aus Frust darüber auf das Entwerfen großer Ziele und gewagter Strategien verzichten und solche Fantasiegebilde als unwichtig abtun. Diese Haltung hat ihre Gründe und kann auch als "realistisch" auftreten, da sie sich scheinbar nur mit Fakten befasst und auf Idealismus und Utopie verzichtet.

Ich bin aber der Überzeugung, dass es trotzdem Sinn macht, Spekulationen über Möglichkeiten und Wünschbarkeiten anzustellen, um Orientierung für das Handeln zu finden. Zwar ist dieses Spekulieren nur mäßig hilfreich und alles andere als eine Garantie für Erfolg. Aber es ist immer noch ein bisschen besser als der Verzicht auf das gedankliche Hantieren mit bisher nicht verwirklichten (aber möglicherweise verwirklichbaren) Zuständen der Welt. Und weil es in der Politik auf den Erfolg ankommt, macht dieser kleine Vorteil einen großen Unterschied. Je besser ich abschätzen kann, was die Handlungen der anderen Beteiligten erreichen sollen und können, desto geschickter kann ich meine Interessen allen Spieler*innen durchsetzen. Das sollte politischen Spiels bewusst sein.

Entsprechend wurden mindestens seit der Antike Spekulations- und Planungstechniken entwickelt, die dabei halfen, aus vorhandenen Informationen über bisherige Geschehnisse und über den jetzigen Zustand der Welt möglichst erfolgreiche Strategien zu entwickeln, um gewünschte Ziele trotz Widerstand von Gegenspieler*innen zu erreichen. Zu diesen Techniken gehören unter anderem die Verallgemeinerung von einzelnen, konkret ursächlichen Zusammenhängen [Kausalität], die Heuristik [rasche Abschätzung von Handlungsfolgen durch Faustregeln], das Gedankenexperiment und die Spieltheorie. Mir ist bewusst, dass nahezu alle diese Techniken von Tyrann*innen, Krieger*innen, Priester*innen, Patriarch*innen und anderen Kämpfer*innen für die Herrschaft eingesetzt wurden. Und mir ist bewusst, dass Anarchist*innen daher davor zurückschrecken, solche Techniken anzuwenden.

Es mag auch moralische und emotionale Gründe geben, das politische Spiel als ganzes abzulehnen und mit ihm jede Spekulation über mögliche Zukünfte und erfolgreiche Wege dorthin zu verwerfen. Aber das halte ich für einen großen Fehler. Erstens ist es auch den realitätsverhaftetsten Anarchist*innen praktisch unmöglich, im Alltag auf gedankliche Spekulationen zu verzichten ("Wie viele Genoss*innen werden wohl zum Solikonzert kommen – also wie viel Tofu sollte ich für die VoKü containern?"). Zweitens haben die Gegenspieler*innen der

Anarchist*innen keine solchen Skrupel und sind bereit, die kleinen Vorteile, die das Hantieren mit möglichen Handlungsverläufen mit sich bringt, auszunutzen, um Herrschaft zu stabilisieren und herrschaftsfeindliche Tendenzen zu zerschlagen ("Wie viele Asoziale werden wohl zur Störaktion kommen - also wie viele Polizist*innen sollte ich für die Repression losschicken?"). Und drittens fördert die Beschäftigung mit Weltbeschreibungen, die den Fakten widersprechend, die Vorstellungskraft. Und das hilft uns, ideologische Scheuklappen abzuwerfen und besser darüber nachzudenken, was wir uns eigentlich wünschen sollten. Mit geübter Vorstellungskraft können wir darüber nachdenken, welche Ziees verdient haben, dass wir zornig erfolgsorientiert für sie kämpfen.

In meinem Vortrag habe ich eine Spekulationstechnik angewendet, die dabei helfen soll, Pläne und Strategien zu entwickeln, um das Ziel "Herrschaftsfreiheit" zu erreichen - unter Berücksichtigung wahrscheinlicher strategischer Handlungen der Gegner*innen Herrschaftsfreiheit. Die Spekulationstechnik nennt sich "Gedankenexperiment" und unterscheidet sich von der ungebundenen Fantasterei dadurch, dass sie strengere Regeln dafür aufstellt, was erfunden wird. Gedankenexperimente beruhen auf Theorien darüber, wie sich die Bestandteile des Experiments verhalten werden. Diese Theorien wiederum gründen auf Erfahrungen in der Wirklichkeit.

Mein Gedankenexperiment beruht auf Erfahrungen bezüglich typischer Ziele, Strategien und Handlungsweisen der an einer Revolution Beteiligten (womit vor allem vier Gruppen gemeint sind: die Revolutionär*innen, ihre Gegner*innen, die Gleichgültigen und die interessierten Beobachter*innen von außen). Ich habe keine konkreten Erfahrungen aufgezählt, sondern viele dieser Erfahrungen verallgemeinert. Es sind Erfahrungen von Anarchist*in-nen und anderen Freiheitskämpfer*innen: wie sie sich organisieren, wie sie kämpfen, wen sie angreifen, wem sie Schaden zufügen, welchen Erfolg sie haben, welche Probleme auftauchen, welche blinde Flecken und andere Mängel dazu führen, dass sie vereinnahmt, besiegt oder vernichtet wurden.

Diese Erfahrungen sind nicht nur an sich und als geschichtlich-konkrete Erinnerungen wertvoll. Sie werden politisch bedeutsam, wenn man von ihnen verallgemeinert und allgemeine strategische Schlüsse aus ihnen zieht – selbst wenn dabei der konkrete Einzelfall aus dem Blick gerät. Dabei genügt es nicht, sich die anarchistische Seite anzusehen. Auch aus dem Verhalten der Gegner*innen und anderer Spieler*innen kann man für

den Erfolg wichtige Erkenntnisse ziehen. Deshalb schickt der Staat ja Spion*innen zu seinen Gegner*innen. Daher beruht mein Gedankenexperiment auch auf den Erfahrungen der Staaten mit Aufständischen und Revolutio-

när*innen, mit feindlich gesinnten Territorien, mit Diplomat*innen, mit vermeintlicher Abwesenheit der Macht und mit der Enteignung von Konzernen. Und es stützt sich auf die Erfahrungen der breiten Masse von politischen Opportunist*innen, weder revolutionär noch gegen-revolutionär sind. solange es ihnen halbwegs gut geht. Denn ohne deren stillschweigende Zustimmung und sogar regelmäßige. zähneknirschende Mitarbeit in einer anarchistischen Ordnung kann diese nicht bestehen bleiben. Diese Erfahrungen habe nicht ich persönlich gemacht; niemand lebt lange und vielfältig genug, um die notwendigen Strategien für ein so anspruchsvolles Projekt wie die Einführung der Anarchie allein auf eigene Erfahrungen zu stützen. Ich beziehe mich daher auf

Erfahrungsberichte mit unterschiedlich starker Verallgemeinerung. Zu den in der Szene beliebten Erzählungen über Aufstände, Konsensprozesse, Solidaritätsarbeit, Kommunen und Kollektive kommen für mein Gedankenexperiment vor allem Erkenntnisse der Politikwissenschaft hinzu. Diese sind nicht von Anarchist*innen gewonnen worden, können aber für Anarchist*innen nützlich sein.

Bei Gedankenexperimenten ist es wichtig, auch unangenehme Möglichkeiten mitzudenken – sonst schwelgt man nur in Wunschdenken. Mein Vortrag beruht auf einer ganzen Reihe von Vermutungen, die ungemütlich klingen: Die Anarchist*innen werden nicht sofort alle Staaten besiegen. Die verbliebenen Staaten werden militärisch aktiv. Im anarchistischen Gebiet müssen die Nicht-Anarchist*innen, die keine ausgesprochenen Anti-Anarchist*innen sind, durch angenehme Lebensbedin-

gungen für die Anarchie gewonnen werden. Krieg ist keine angenehme Lebensbedingung, und wenn er nicht rasch durch einen totalen Sieg über alle Staaten beendet werden kann, dann muss er auf dem Wege von Verhand-

> lungen beendet werden. Verhandlungen Aber funktionieren nur, wenn Verhandlungspartner*innen das, was gesagt wird, verstehen und einander als grundsätzlich Gleichberechtigte kennen - wofür das anarchistische Gebiet die Fähigkeit haben sollte. wirkungsvoll zu drohen und zumindest nach außen ziemlich staatsähnlich aufzutreten.

> In Verhandlungen muss man aber auch etwas versprechen und einhalten können, wie zum Beispiel Waffenstillstand. Dazu müssen die Verhandlungsergebnisse auch nach innen durchgesetzt werden. Damit dies möglich ist, benötigen die Anarchist*innen Struktur, die Beratung, Zustimmung und Folgepflicht für das Zuge-

stimmte auf herrschaftsfreie Art und Weise ermöglicht. Gelingt dies nicht, dann werden große Teile der Bevölkerung des von Anarchist*innen befreiten Gebiets sich nicht befreit fühlen, sondern in Krieg und Bürgerkrieg gestürzt sehen. Und sie werden sich auf die Seite der einmarschierenden Staaten stellen oder nach einer starken Führer*in rufen. Es mag sein, dass Anarchist*innen solche Überlegungen nicht gerne hören, aber ich halte sie für zutreffend. Man möge mir zeigen, wo ich mich inhaltlich irre. Wenn heutige anarchistische Aktivist*innen darauf verzichten, ein Territorium befreien zu wollen, könnte sogar ein unausgesprochenes Zugeständnis dahinterstecken, dass ein solches Territorium die Folgen nach sich zieht, die ich im

Dass ich im Vortrag das organisatorische Gebilde, das man wegen der Wechselwirkung mit den umgebenden Staaten – ob man will oder nicht – errichten muss, nun

Vortrag aufgezeigt habe.



Utopia: Roman und Uralt-Gedankenexperiment von Thomas Morus von 1516

"Staat" genannt habe, war eine Provokation, die in der Diskussion offensichtlich nicht gerade weiter geholfen hat. Wenn es um Begriffe geht, bin ich kompromissbereit. Wir können statt "Territorium" auch "Raum", "Gebiet", "Fläche", "Hood", "bolo" oder "Zone" verwenden. Wir können statt "Staat" auch "Föderation", "Organisation", "Rhizom", "Netzwerk", "Syndikat", "Multitude", "Räterepublik" oder meinetwegen "Antistaat" sagen.

Aber wir sollten uns strategische und taktische Gedanken darüber machen, die über die jetzige Faktenlage hinausgehen und herausfinden, was wir wollen und wie wir es erreichen. Und wie wir damit umgehen, dass dies nicht alle wollen. Und dass wir mächtige Feind*innen haben. Ich biete mein Gedankenexperiment an und ich bin auch bereit, für das Gedankenexperiment hilfreiche Gründe anzuerkennen, weshalb und wie es verändert oder durch ein besseres ersetzt werden sollte. Aber es in Bausch und Bogen zu verwerfen, halte ich für falsch. Keine oder falsche Gründe gegen mein Gedankenexperiment vorzubringen, wie das Mona Alona meines Erachtens getan hat, scheint mir nicht hilfreich zu sein. Meine Argumentation als "absurd", "ziellos" und "selbstzweckhaft" zu bezeichnen, soll wohl weiteres Nachdenken beenden.

Ich halte dagegen: Wir sollten das Gedankenexperiment nicht als solches ablehnen, bloß weil es auch andere Gedankenexperimente, wie z.B. die Vertragstheorien¹¹, gibt, die von Anarchist*innen aus guten Gründen abgelehnt werden. Mein Experiment wurde keineswegs "in der Manier politisch-philosophischer Vertragstheorien" konstruiert. Im Gegenteil: Während sich Vertragstheorien auf die Begründung innenpolitischer Staatsordnung konzentrieren und die äußeren Zwänge jeder politischen Ordnung weitgehend ausblenden, konzentriere ich mich hauptsächlich auf letztere. Vertragstheorien gaukeln vor, dass alle dem Staat zustimmen (oder zustimmen müssten). Mein Gedankenexperiment hingegen geht davon aus, dass nicht alle der Herrschaftsfreiheit zustimmen, und spekuliert, welche unangenehmen Folgen für Anarchist*innen das nach sich zieht.

Ich verallgemeinere nicht nur aus einem nicht nachvollziehbaren Spaß an verallgemeinerndem Denken heraus, sondern weil es gar nicht anders geht. Zugegeben: Ich verspüre diesen Spaß durchaus auch. Aber selbst wenn es mir keinen Spaß bereitete, müsste ich so denken. Wer sich mit den konkreten Erfahrungen von Hausbesetzer*innen, Straßen- und Platzbesetzer*innen, Zapatist*innen usw. auseinandersetzt, wird sehen, dass meine Spekulationen nicht unbegründet sind, aber auch nicht bei den Einzelfällen stehen bleiben. Ich sehe meinen Vortrag als unvollständigen Beitrag zur Weiterentwicklung anarchistischer Theorie. Weitere Forschungen sind nötig,

auch diejenigen über innenpolitische, psychologische und moralische Themen, die Mona Alona vorschlägt. Doch auch sie müssen sich auf Verallgemeinerungen einlassen, sofern der Anarchismusbegriff inhaltlich gefüllt werden soll. Dabei all das auszuschließen, was irgendwie mit Herrschaftsmethoden in Berührung kommt, weil dann die Prinzipien verletzt werden, halte ich für einen (wenn auch geleugneten) Versuch, anarchistische Reinheit herzustellen. Zumal sich alle Anarchist*innen in diesem Sinne "beschmutzt" haben: z.B. Nestor Machno¹², die Münchner Räterevolutionär*innen¹³, CNT/FAI¹⁴, alle Attentäter*innen und auch die gewaltfreien Friedens- und Anti-Atom-Aktivist*innen nahmen irgendwie an Herrschaftsinstitutionen teil.

Wer ist denn überhaupt noch Anarchist*in? Jedenfalls nicht Bakunin und Kropotkin, die an bestimmten Punkten ihres Wirkens einen besseren, möglichst anarchistischen "Staat" gefordert haben. Mir ist es lieber, sich die Hände schmutzig zu machen und gerade durch verallgemeinernde Spekulationen und Gedankenexperimente realistisch zu bleiben. Mit meinem Vortrag (und mit dieser Erwiderung) habe ich versucht, zu veranschaulichen, "dass es nicht weiterbringt, anarchistische Bewegung als singulär und nicht im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Akteur*innen zu betrachten." Ich fordere Mona Alona und alle Leser*innen der Găi Dào auf, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Anmerkungen:

- ¹ Dr.phil. Peter Seyferth: "Eine moderne Theorie des klassisch-anarchistischen Staats. Analyse, Vorschlag und Provokation", in: Workshop "Staat und Gesellschaft", Justus-Liebig-Universität Gießen, 19.01.2018, https://www.facebook.com/Dr.phil.PeterSeyferth/videos/374705359662327/
- ² "Wie anarchistisches Denken zu kritikloser Gedankenspielerei und idealistischer Absurdität verkommt – keine Provokation", Găi Dào Nr. 87 / März 2018, S. 25–27
- ³ engl.: Weltordnungspolitik
- ⁴ imperialistische, multinationale Handelsgesellschaften im 17./18. Jh.
- ⁵ Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen
- ⁶ männliches Herrschaftsprinzip, demzufolge Männer (v.a. Ehemänner und Väter) über den Frauen und Kindern stehen
- ⁷ Judenfeindlichkeit
- ⁸ Unterdrückung von Menschen mit Behinderung (Handi-
- ⁹ weltweite, kapitalismuskritische Basisbewegung mit öffentlichen Protestcamps (2011–2012)
- ¹⁰ regionales Selbstverwaltungsgebiet in der südmexikanischen Region Chiapas, in der die basisdemokratische "Jun-

ta der Guten Regierung" der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) trotz Druck durch den mexikanischen Staat eine funktionstüchtige, befreiende Ordnung von unten aufzubauen versucht, die von vielen Anarchist*innen als inspirierend empfunden wird

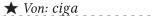
¹¹ "Lehre vom Gesellschaftsvertrag", mit der staatliche Rechtsordnungen durch angebliche Zustimmung begründet werden soll

 anarchistischer Anführer einer populären Bürgerkriegsarmee in der Ukraine während der Revolution 1917–1921
 sozialistische Räterepublik im Freistaat Bayern mit an-

¹³ sozialistische Räterepublik im Freistaat Bayern mit anfänglicher Beteiligung libertärer Intellektueller, darunter Gustav Landauer und Erich Mühsam (April 1919) ¹⁴ anarchistisches Bündnis aus Gewerkschaften und Föderationen in der sozialen Revolution während des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939)

Die politischen Gruppen sind nicht die Lösung, sie sind das Problem!

Ein Plädoyer gegen politische Gruppen und für eine Organisierung und Politik mit Bezug zum eigenen Alltag und der eigenen Betroffenheit



Einige einleitende Worte

Dieser Text ist bereits im Sommer 2017 in der Auseinandersetzung mit der damals offenkundiger werdenden Debatten rund um Organisierung und neuerlichen Hinwendung zur sozialen Frage innerhalb der radikalen Linken entstanden. Er wurde einige Wochen vor der Repression gegen linksunten.indymedia eben dort veröffentlicht und nimmt daher nicht direkt Bezug auf den Text der Anarchist Liberation Army (ALA) in der vorletzten GaiDao, kann aber auch als Replik auf diesen gelesen werden, da er eine Kritik u.a. an plattformistischen Ansätzen formuliert. Eine explizit auf diese zugespitzte Kritik bleibt wegen fehlender Zeit und Energie an dieser Stelle aus, doch vielleicht kann er dennoch Impulse zu einer kritische Debatte rund um den Plattformismus geben, wie er par exellence von der ALA vertreten wird. Was leider unterbleibt, ist die kritische Analyse der Bedürfnisse und Versprechungen, die einen solchen Ansatz begründen. Es wäre sicherlich lohnenswert ihn auf männliche Geltungsbedürfnisse abzuklopfen, wie es die Redaktion der Zeitschrift Tsveyfl leider nur in Gestalt der ALA, und nicht allgemein des Plattformismus, den sie an sich sogar verteidigt und begrüßt, tut...

Seit einiger Zeit (2017) finden sich in den einschlägigen

Medien der linksradikalen Szene, sei es nun anarchistischer oder kommunistischer Spielart, gehäuft Artikel, welche sich mit Überlegungen zu Formen der adäquaten Organisierung und Praxis befassen. Diese ist angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und der Verfassung der radikalen Linken auch bitter nötig. Vieles was dort zu lesen war, ging mir allerdings salopp gesagt, ziemlich gegen den Strich, auch wenn aus syndikalistisch und operaistisch inspirierten Ecken des (post-)autonomen Milieus immer mal wieder Stimmen zu hören sind, die mich hoffnungsvoll aufhorchen lassen. Das jüngste Beispiel dafür war der Text "Die radikale Linke muss mit sich selbst brechen" des Autonomie Magazins, aber auch der etwas ältere Text "Kommt ihr mit in den Alltag" der Gruppe Zweiter Mai, welcher in der arranca! #48 erschienen ist, ist neben einigen weiteren, sehr lesenswert.

Da mein primäres Anliegen die Formulierung eines Plädoyers im Rahmen einer solchen Debatte ist und weniger eine eher akademisch d.h. scholastische Auseinandersetzung, werde ich im Folgenden darauf verzichten auf einzelne Texte im Detail einzugehen. Stattdessen soll es darum gehen eine spezifische Form der Organisierung und Politik darzustellen und zu kritisieren, die ich "abs-

trakte Politik" nennen will und die meines Erachtens allzu oft als Ausweg aus der Bedeutungslosigkeit der radikalen Linken propagiert wird, in meine Augen aber genau dies nicht oder zumindest nicht in sinnvoller d.h. emanzipierender Weise leisten kann. An diese Kritik knüpfe ich mein Plädoyer für eine politische Praxis, welche ich im Folgenden als Politik "politischer Bezugsgruppen" bezeichnen will. Den Bezug zu konkreten anderen Texten in der jüngeren Debatte um Organisierung bzw. auch zu den politischen Praxen der jeweiligen Gruppen und Organisationen, aus deren Zusammenhang diese Texte entstanden sind, kann dann jede*r selbst herstellen oder es auch lassen, da es nicht unbedingt notwendig für das Verständnis meiner Kritik und meines Plädoyers ist.

Schon da meine idealtypische Überspitzung und Gegenüberstellung in diesem Text, welche der Realität der Organisierungs- und Praxisformen notgedrungen nicht voll gerecht wird, geht es mir eher um eine Beschreibung von Tendenzen und um eine Schwerpunktverlagerung, weg von dem, was ich als "abstrakte Politik" politischer Gruppen bezeichnet habe, hin zu den "politischen Bezugsgruppen" im Sinne des hier verwendeten Begriffs.

Die Organisationen der politischen Gruppen...

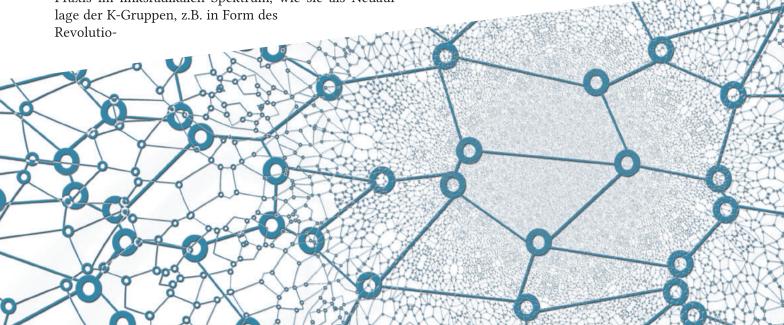
Mit "Ums ganze... (Ug)" und der "Interventionistischen Linken (IL)" bestehen schon seit längerer Zeit relativ große Bündnisse von politischen Gruppen aus dem sich undogmatisch bis antiautoritär verstehenden marxistisch-kommunistischen Spektrum, welche vor allem kampagnenorientierte Politik betreiben. Eine ähnliche Vernetzung von Anarchist*innen auf der Basis von Politgruppen gibt es nun auch schon seit einigen Jahren in Form der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA). Auf autoritäre Spielarten der Organisierung und Praxis im linksradikalen Spektrum, wie sie als Neuauflage der K-Gruppen, z.B. in Form des

nären Aufbaus (RB) bestehen, trifft sicher einiges was ich im Folgenden an Kritikpunkten formuliere gleichfalls zu¹.

... und ihre abstrakte Politik.

Gemein ist diesen Ansätzen linksradikaler Organisierung, dass sie versuchen die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit der radikalen Linken durch stärkere formelle Organisierung auf Basis geteilter politischer Ansichten, also durch die Gründung von politischen Gruppen, sowie primär diskursorientierter Politik entgegenzuwirken. Sie sind implizit bzw. de facto vor allem darauf bedacht mit ihren Sichtweisen und Anliegen als Organisation bzw. als Vertreter*innen einer spezifischen politischen Strömung in der breiten Öffentlichkeit präsent zu sein. Diesen Ansatz bezeichne ich als "abstrakte Politik". Ausgangspunkt der Organisierung ist dabei, wie bereits gesagt, die gemeinsame politische Identität und nicht gemeinsame und gleiche Betroffenheit in spezifischen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, ein geteilter Alltag in welchem diese Betroffenheit existiert oder zwischenmenschliche Affinität. Sicherlich spielen diese in solchen Organisationen auch eine Rolle oder ergeben sich, sie sind dennoch nicht der Ausgangspunkt der Organisierung².

Eine primär auf das Mitmischen im öffentlichen Diskurs bedachte Politik steht damit im engen Zusammenhang. Wenn primär die politische Identität als Ausgangspunkt der Organisierung dient und anderes dafür in den Hintergrund tritt, wird auch das, was unter Anarchismus bzw. Kommunismus verstanden wird, abstrakter, da es nur in dieser Form als Gemeinsamkeit, speziell in einer formellen und auf quantitatives Wachstum ausgelegten Organisierung, existieren kann. Das politische Projekt



kann dann auch nur noch in der Vermittlung dieser Identität an andere Menschen bestehen und das geht am besten durch spektakuläre, aber vor allem unkonkrete Propaganda, für die konkrete soziale Kämpfe allenfalls Anlass und Vehikel sind, sowie die Pflege des subkulturellen Lifestyles und des eigenen Profils oder umgekehrt durch fortgesetztes Weichspülen zwecks besserer Verkaufbarkeit und Bündnisfähigkeit. Entsprechend erschöpft sich ein Großteil der politischen Praxis in der vorzugsweise überregionalen Vernetzung und Organisation von Kampagnen ohne lokalen Rückhalt, einzelnen Demos, Vorträgen, der Erstellung und dem Vertrieb von Propaganda und allgemein der stetigen Debatte um die politische Identität ohne praktische Implikationen. Wo Betroffenheiten existieren, beeilen sich die Organisationen einen inhaltlich-theoretischen Standpunkt zu finden, den sie dann in Form von Texten im Internet, in Zeitungen oder als Redebeiträge unter den jeweils zu ihnen gehörenden Teil der Szeneöffentlichkeit bringen. Zu allem müssen sie etwas zu sagen haben und dabei vor allem ihren szeneinternen politischen Konkurrenten zuvor kommen. Den Betroffenen von Herrschaft hilft dies freilich wenig, denn auf dem Papier, auf der Homepage oder auf Twitter gegen Ausbeutung, Umweltzerstörung, Sexismus, Homophobie, Ableismus, staatliche Repression, Nazis, Rassismus, imperiale Ausbeutung, etc. zu sein, ist etwas anderes, als auch praktisch gegen diese Herrschaftsverhältnisse Abhilfe zu schaffen.

Dieser Unterschied wird in den politischen Gruppen selten problematisiert, geschweige denn, dass man sich dieses Unterschieds und der Implikationen für die eigene politische Praxis bewusst ist. Dies hängt damit zusammen, dass wenn der Ausgangspunkt der Organisierung und Politik die politische Identität ist, bestimmte Themenfelder nicht aus einer akuten eigenen Betroffenheit heraus bearbeitet werden, sondern sich stattdessen nach der Attraktivität der jeweiligen Themen und der Konjunktur derselben gerichtet wird, um sich über sie transportiert besser verkaufen zu können. Das führt dazu, dass die jeweiligen Themen nur kurzfristig behandelt werden und ein solcher Organisierungs- und Politikansatz vor allem für Menschen attraktiv wird, welche sich einen solche aufgrund von Privilegierungen leisten und oder mit ihren Karrierepläne als Intellektuelle und Vollzeitaktivist*innen verbinden können.

Der Anklang der Propaganda und das Wachsen der eigenen Organisation werden dabei die Gradmesser des Erfolgs. Dass Menschen sich Anarchist*in/Kommunist*in nennen bzw. sich identitär und theoretisch zu entsprechenden Prinzipien bekennen und die Anzahl und Größe der entsprechenden Gruppen, überlagert die Frage in-

wiefern diese und andere Menschen in die Lage versetzt werden in ihren verschiedenen alltäglichen Lebensbereichen ihre Beziehungen nach anarchistischen bzw. kommunistischen Prinzipien nachhaltig auszurichten und diese so mit Leben zu füllen.

Zum Innenleben der politischen Gruppen...

Eine solche nach außen und den öffentlichen Diskurs gerichtete Politik bedeutet auch ein spezifisches Verhältnis zwischen den Individuen innerhalb der Organisationen. Wenn es darum geht öffentlichkeitswirksame Politik zu machen, bedarf es vor allem aktivistischer Persönlichkeiten, transportierbarer Inhalte und einer mobilisierbaren Masse. Dazu müssen intern bestimmte zu bearbeitende Themen gesetzt und die anfallenden Aufgaben verteilt und vor allem auch erledigt werden. Dies ist die Zeit der Vollzeitaktivist*innen - der Macher bzw. Macker... Sie, die am selbstsichersten, besten und lautesten diskutieren, am rücksichtslosesten ihre Position und Sichtweise durchsetzen und dank ihrer Lebensumstände wie reichen Eltern, Bafög/Stipendium, Studium und Auslagerung von Reproarbeit am meisten Ressourcen, v.a. freie Zeit und Energie, aber auch Wissen und Netzwerke haben, bestimmen die Agenda und definieren was zu tun ist, wobei individuelle Befindlichkeiten und Unzulänglichkeiten sowie die individuelle Entwicklung von Fähigkeiten, welche ein wichtiger Bestandteil emanzipierender Prozesse allgemein darstellen muss, zurückgestellt werden. Schließlich braucht es jetzt Menschen, die effektiv die Öffentlichkeitsarbeit machen, Propagandamaterial in Form von schicken Flyern und Mobifilmen erstellen, sich auf Podien setzen, Vorträge und Workshops durchführen, Demos organisieren etc. Umgekehrt braucht es Menschen, die dabei assistieren, ausführen oder sich als Politikkonsument*innen und Statist*innen aktivistischintellektueller Selbstdarstel-lung mobilisieren lassen.

Jene, welche im besonderen Maße den Typus des*der politischen Aktivist*in verkörpern, unterdrücken dabei allzu oft die eigenen Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten und ordnen der Arbeit ihren gesamten Alltag und ihre sozialen Beziehungen unter. Eine nachhaltige Umgestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen, orientiert an individuellen Bedürfnissen und Solidarität bleibt aus, stattdessen wird einem Leistungsethos gefrönt, der im Zusammenhang mit der Spektakelpolitik der Organisationen, der Politisierung des Alltags und der eigenen Emanzipation entgegensteht. Anstatt Politik entlang der Bedürfnisse zu machen und sie so zu entfalten und zu befriedigen, werden sie der Politik untergeordnet, welche so ihr emanzipierendes Potential einbüßt.



Auch weil das politische Handeln abstrakter wird, d.h. nicht mehr aus einer bestimmten Betroffenheit heraus sich dauerhaft spezifischer Themen annimmt, sondern sich stattdessen auf kurzfristige Interventionen beschränkt, kann die dauerhafte Arbeit in solchen Organisationen, wie zuvor behauptet, nur von wenigen und privilegierten Aktivist*innen gestemmt werden, deren Betroffenheit nicht so stark ausgeprägt ist, als dass sie sich diesen ernsthaft und permanent durch Kämpfe widmen müssten.

Es bildet sich in solchen Organisationen also über kurz oder lang eine Gruppe von Vollzeitaktivist*innen heraus, die ihrem Status und ihrer Funktion nach, den Führungsspitzen und Bürokratien von Parteien, NGOs und Gewerkschaften nicht unähnlich sind und daher ein erhebliches Hindernis und große Gefahr für selbstorganisierte Kämpfe darstellen. Sie sind tendenziell der Lebensrealität und Interessenlage der Menschen für die sie meinen zu kämpfen enthoben und sind darauf erpicht ihre Position innerhalb der eigenen Organisationen zu erhalten, die zu ihrem Lebensinhalt, ihrer Identität, der Quelle von Selbstbestätigung, Selbstwertgefühl und der Erfahrung von Wirkmächtigkeit und im schlimmsten Fall zur finanziellen Lebensgrundlage wird.

Die Existenz der Vollzeitaktivist*innen ist dabei abhängig von internen Hierarchien, spezialisierten intellektuellen und oder organisatorischen bzw. netzwerkenden Tätigkeiten und mitunter auch der Verflechtung der autonomen linksradikalen Bewegung mit institutionalisierten Akteuren wie linken Parteien, NGOs, Forschungseinrichtungen und den bürgerlichen Gewerkschaften, bei denen sie einen mal mehr mal weniger prekären Job haben, mit dem sie sich aber umso mehr identifizieren, je mehr sie meinen ihren Aktivismus damit durch Zugang zu Ressourcen unterstützen zu können. Wo solche Hierarchien, Spezialisierungen und Verflechtungen bereits existieren, legen sie viel Wert darauf, dass sie erhalten oder ausgebaut werden, was bedeutet interne Kritik, Opposition oder sich ihrer Kontrolle entziehende Prozesse und Dynamiken zu unterbinden und die Basis passiv und entmündigt zu halten.

Die Existenz der Vollzeitaktivist*innen ist auch wichtig für die interne Themensetzung. Damit Inhalte öffentlichkeitswirksam nach außen transportiert werden können, müssen sie in spezifischer Form vorhanden sein, d.h. es muss eine gewisse interne Einheitlichkeit hergestellt werden. Dies geschieht entweder durch autoritäre Setzung durch die Macher bzw. Macker oder aber in langwierigen Debatten, die nicht etwa so langwierig sind, weil das Resultat ein ausgefuchster und konsensual geteilter Plan und Standpunkt ist, sondern vor allem, weil in den politischen Gruppen Menschen mit geteilter abstrakter politischer Identität zugleich auch als vermeintliche Verbündete gehandelt werden, mit denen, trotz nicht geteilter Betroffenheit und daraus resultierender Differenzen, ein gemeinsamer Standpunkt zu eben jener Betroffenheit gefunden werden muss. Dabei steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen, da die nicht selbst Betroffenen selten tatsächliche Verbündete sind und die diverse Mitgliedschaft in den politischen Gruppen und die politische Konjunktur in der Szene bzw. der weiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit, eine ständig wechselnde Themensetzung zur Folge hat. Sollte wieder erwarten dennoch ein Konsens gefunden werden, der diesen Namen verdient, ist er notgedrungen, der Einheit in der Vielfalt wegen, absolut unkonkret. Entweder lähmen sich die Gruppen durch die ewige Debatte, die doch keine Praxis zur Folge hat, da sie mit den falschen Verbündeten geführt wird, oder aber die Debatte wird oberflächlich und dominiert durch die Vollzeitaktivist*innen geführt, da es darum geht schnell einen Standpunkt zu finden und ist zugleich irrelevant, da ihre Ergebnisse kaum emphatisch geteilt werden und ohnehin schon das nächste Thema angespült wird, zu dem es sich zu positionieren gilt.

Bei all dem kommen notwendig bestimmte Themen und Individuen zu kurz, es wird konkurriert statt kooperiert und es bilden sich Hierarchien. Themen, welche für zahlenmäßig weniger oder weniger durchsetzungsfähige Menschen wichtig oder nicht so gut öffentlichkeitswirksam politisierbar sind, werden vernachlässigt, ebenso wie Menschen, welche aus verschiedenen Gründen die aktivistische Persönlichkeit nicht verkörpern können oder wollen. Sie müssen mit dem eigenen schlechten Gewissen, der Überforderung, den Vorwürfen der anderen politisch Aktiven und dem Gefühl mit den eigenen Sichtweisen und Interessen nicht ernst genommen zu werden klarkommen oder verlassen resigniert die Organisationen, weil ihre Themen und Probleme übergangen werden – separate feministische oder antirassistische Organisationen und die auffällige Abwesenheit von Menschen mit proletarischer Lebensrealität innerhalb der radikalen Linken sind Produkt eben solcher Prozesse, ebenso wie das Herausfallen von Menschen, welche Solidarität am nötigsten hätten, da sie unter den Zumutungen und Anforderungen des herrschaftsförmigen Alltags erdrückt werden und nicht noch zusätzliche Energie aufbringen können um sich dem Zirkus der politischen Gruppen zu stellen und sich auch noch dort durchzusetzen zu müssen.

...und was das für die sozialen Kämpfe bedeutet.

Einhegung, Verbürgerlichung und Disziplinierung

Wo selbstorganisierte Kämpfe frisch ausbrechen, sind die Aktivist*innen und ihre politischen Organisationen nicht weit und die Speerspitze der Einhegung und Befriedung. Sie sind in diesen Kämpfen alsbald bemüht sich unentbehrlich zu machen, also Nachfrage nach den eigenen Fähigkeiten und Ressourcen zu schaffen, um sich so die Existenzberechtigung als Aktivist*innen, den Arbeitsplatz oder Analysegegenstand zu sichern, denn umge-

kehrt brauchen Akteure, welche aus eigener Betroffenheit heraus selbstorganisiert kämpfen, in den seltensten Fällen die Aktivist*innen als solche.

Zugleich stellen exponierte Individuen, wie sie Aktivist*innen sind, auch ein leichteres Ziel und einen Ansatzpunkt für Repression und Korrumpierung dar. Sie sind individualisiert angreifbar und adressierbar, häufig im Verhältnis zur restlichen Bewegung gesellschaftlich privilegiert und ihre Betroffenheit nicht so stark ausgeprägt. Deswegen und aufgrund ihrer Position innerhalb der Organisation sind sie den Interessen der Bewegung tendenziell entfremdet und leichter zu entfremden. Ihrer Funktion und Position nach eignen sie sich als Verhandlungsführer im Rahmen von Auseinandersetzungen beherrschter Gruppen mit ihrer jeweils beherrschenden Gegenseite und tendieren, um die eigene Funktion als solche unentbehrlich zu machen, dazu eben Verhandlungen und Kooperation der Konfrontation vorzuziehen, was ihre Anerkennung und die ihrer Organisation durch die beherrschende Gegenseite erfordert und wiederum ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen und der Disziplinierung und Einhegung der hinter ihnen stehenden Bewegung und Kämpfe erhöht. Zuletzt erzeugen sie durch ihre interne Position auch eine Abhängigkeit der Bewegung von ihnen d.h. indem sie getroffen oder eingebunden werden, kann die gesamte Bewegung getroffen und eingebunden werden.

Am emanzipierenden Potential einer solchen Politik sollte aber nicht nur aufgrund dieser Tendenzen gezweifelt werden. Auch ist fraglich, inwiefern eine solche Politik jemals zu konkreter Veränderung führen kann, also nachhaltig und wirksam Solidarität und Widerstand entfalten und für Menschen eine praktisch umsetzbare und emanzipierende Alternative darstellen kann.

Nicht nur wird in den Bündnissen und Föderationen vieles an internen Dynamiken kopiert, was zu Recht an Parteien kritisiert wird. Allzu häufig übernehmen sie zugleich implizit und unbewusst auch die parlamentarische Orientierung und Logik, wenn sie sich in ihrem politischen Handeln auf (Massen-)Proteste fokussieren, welche, selbst in militanter Form mit einem radikalen Gestus versehen, symbolisch und bloße Meinungskundgaben im öffentlichen und speziell parlamentarischen Palaver sind. Sie verlassen damit die bürgerlichen und staatlichen Formen der Politik nicht, stattdessen wird gehofft bzw. zumindest unbewusst darauf abgezielt, mit dem Druck der öffentlichen Meinung bzw. der Masse eine scheinbare Gegenmacht in diesem Diskurs um eine weniger schlechtere staatliche Politik zu bilden – Adressat bleibt der Staat bzw. einzelne staatliche Akteure, an die Forderungen gestellt werden. Es wird in ihrem auf der öffentlichen Bühne, d.h. in der Sphäre bürgerlich-demokratischer Politik, stattfindendem politischen Handeln de facto so getan, als ob der öffentliche Diskurs und die Politik von Staat und Kapital unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, durch die sie bedingt sind, wesentlich und nachhaltig nur durch Meinungskundgabe und Propaganda beeinflusst werden könnten. Stattdessen müsste es eben darum gehen diese gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen und zu sehen, wie präsent sie im eigenen Alltag sind und dass sie auch dort angegangen werden könnten und sollten. Da dies nicht geschieht findet auch eine relative starke Trennung des privaten Alltags vom eigenen politischen Handeln statt, welches dann zu festgelegten Zeiten in den Organisationen, auf der Straße, in den Seminarräumen und den Szeneorten stattfindet.

Dabei wird ein radikales Image durch disclaimerartige Hinweise auf die eigene ach so originelle Analyse und Perspektive sowie plakative und dadurch umso abstraktere radikale Forderungen gepflegt. Eine radikale Politik, nicht nur der inhaltlichen Forderung, sondern auch der Form und Praxis nach, bleibt zumeist aus und in der Öffentlichkeit wird aus einer radikalen Linken ein Akteur, der ähnlich wie auch Parteien, um bloße Zustimmung und Mitglieder buhlt, sich aber einen Scheiß darum kümmert, inwiefern die Menschen sich durch ihre Entscheidung unter den verschiedenen politischen Angeboten in ihrem Alltag emanzipieren, also andere Fähigkeiten und Verhältnisse zueinander entwickeln.

Entsprechend unattraktiv ist die radikale Linke auch für die breite Masse derjenigen, die von Herrschaft in ihren vielen Formen betroffen sind und ohne die das Projekt Emanzipation zum Scheitern verurteilt ist. Hier und da eine Demo, ein Flyer oder ein Vortrag helfen nichts oder zumindest nicht grundlegend und nachhaltig gegen das Elend der Lohnarbeit, den Terror des Arbeitsamtes, der Verzweiflung angesichts finanzieller Prekarität, die Ohnmacht und Angst, die durch sexualisierte Gewalt in der Öffentlichkeit, im trauten Heim oder der Beziehung erzeugt wird, die Ausbeutung der Ökosysteme und der peripheren Länder, das Sterben an den europäischen und anderen Grenzen und den Terror und die Angst denen von Abschiebungen und faschistisch-rassistischer Gewalt bedrohten und betroffenen Menschen ausgesetzt sind.

Spielplatz gesellschaftlich isolierter radikaler Identität

Es ist selbstverständlich wichtig, eine radikale Analyse und Perspektive zu haben, doch bleiben sie für Menschen außerhalb und leider auch innerhalb der linksradikalen Szene abstrakt, wenn sie nicht mit alltäglichen Kämpfen um konkrete Verbesserungen verknüpft werden, in ihnen existieren und praktische Alternativen für die Menschen bieten, die mehr sind als eine ferne Utopie, für die im besten Fall vage Vorstellungen existieren, wie sie sich praktisch darstellt. Es bedarf einer Brücke oder eines Transmissionsriemens, welcher für Menschen die jetzige Realität praktisch mit der Utopie verknüpft und ihnen Möglichkeiten in ihrer Lebensrealität, also ihrer spezifischen Betroffenheit von Herrschaft und ihrem Alltag aufzeigt, damit sie im Linksradikalismus eine Lösung ihrer Probleme sehen, die ihnen im Hier und Jetzt helfen kann. Wer das nicht leisten kann oder will, muss sich zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, dass das mit der Revolution eine schöne Idee, aber leider nicht umsetzbar ist bzw. die Menschen es versäumen konkrete Schritte in diese Richtung zu gehen - Emanzipation wird für sie dann nämlich abstrakt und fast eschatologisch, etwas was von ihrem Alltag abgekoppelt, in ferner Zukunft existiert und aus dem Nichts über sie hereinbricht.

Radikal-links-Sein wird dabei ein identitäres Konsumprodukt und spätestens wenn die Menschen das Studium beenden, die Eltern den finanziellen Support einstellen, das Bafög/Stipendium ausläuft und sie auf die 30 zugehen, wenden sie sich davon ab, da das Organisieren und Durchführen von ach so tollen und radikalen Kampagnen mit Flyern, Vorträgen und Demos, sie nicht vor den Zumutungen, Belastungen, dem Zwang zum Zugeständnis und den Unabwägbarkeiten des Lebens mit Lohnarbeit und Kleinfamilie bewahren oder diese so weit abfedert, dass es möglich ist daneben weiterhin radikale Politik zu machen, ohne wegen eines Burnouts die Politik ad acta zu legen. Nur wenige Vollzeitaktivist*innen und Lebenskünstler überstehen diesen Bruch relativ unbeschadet, was die Hierarchien oder generationellen Brühe innerhalb der linksradikalen Bewegung weiter verstärkt und der Abschottung als Subkultur Vorschub leistet.

Politische Bezugsgruppen

Politische Bezugsgruppen als Basisorganisierung...

Gegen diese Politik- und Organisierungsform will ich mich nun für politische Bezugsgruppen aussprechen, wobei ich damit mehr meine, als die kleinen Gruppen, welche für Demos und anderen Aktionen gebildet werden. Mit dem Begriff "politische Bezugsgruppe" will ich vielmehr eine Form von Politik und Organisierung bezeichnen, welche ihren Ausgangspunkt bei geteilter Affinität, Alltag und oder Betroffenheit von Herrschaft hat und versucht auf lokaler Ebene auf diese eine nachhaltige und solidarische Antwort zu geben.

Dazu ist es nötig eben nicht nur eine politisch Affinität im Sinne eines geteilten politischen Standpunktes zu haben, sondern auch eine davon relativ unabhängige und dauerhafte sozial-emotionale und ökonomische Beziehung zueinander aufzubauen, in welchen die Beteiligten als Individuen mit all ihren Stärken, Schwächen, Ängsten, Bedürfnissen und Hoffnungen sowie der individuellen Verstrickung in Herrschaftsverhältnisse existieren3. Das ist viel Arbeit, welche nicht für spektakuläre Aktionen zur Verfügung steht. Dennoch können so Beziehungen entstehen, welche Menschen in einer kollektiven, bewussten und politisierten Form die sozial-emotionale Sicherheit, Fähigkeiten und auch materielle Ressourcen und konkrete Solidarität geben können, um ihren ganz spezifischen Alltag in herrschaftsförmigen Verhältnissen zu bestreiten, sich gegen diese aus ihrer individuellen Position heraus zur Wehr zu setzen und in gewissen Maße auch innerhalb dieser Gruppen Beziehungen zu politisieren und vorwegzunehmen, welche eher an die Ansprüchen an eine befreite Gesellschaft heranreichen, als es die in den oben beschriebenen Organisationen tun. Auch stellt sich die Frage der Verbindlichkeit in den Bezugsgruppen ganz anders als in den politischen Gruppen - es bleibt Arbeit sie herzustellen, doch sie entsteht eher bzw. ist eher herzustellen, wenn die Politik der Gruppe stärker im Zusammenhang mit dem Individuum und seinen Problemen und Bedürfnissen steht und muss nicht moralisch-autoritär eingefordert werden.

Eine solche Politik auf Basis politischer Bezugsgruppen adressiert nicht direkt die breite Masse oder Öffentlichkeit als unspezifisches Subjekt, sondern setzt im lokalen Kontext oder bestehenden sozialen Netzwerken an und wirkt dort über das konkrete Beispiel praktischer Solidarität. Radikale politische Ansätze bekommen so einen Gehalt, welcher für viele Menschen greifbarer ist, als jedes Pamphlet, jeder Vortrag, jeder Slogan oder jedes Transpi, mit dem Inhalte und Alternativen der radikalen Linken in abstrakter und häufig rein theoretischer Natur vermittelt werden sollen.

Anstatt nun kampagnenartig spektakuläre Politik für eine abstrakte Masse zu machen, welche dadurch von bestimmten Sichtweisen überzeugt werden soll, können politische Bezugsgruppen ermöglichen, dass Menschen sich eben in einer Weise organisieren, die sie in die Lage versetzt selbstbestimmt und entlang ihrer individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse gemeinsam ihren Alltag zu politisieren, damit zaghaft bessere Verhältnisse in diesem vorwegzunehmen und aus ihm heraus Widerstand zu entfalten.

Selbstverständlich müssen für die Etablierung besserer Verhältnisse über die Bezugsgruppen hinausgehende kollektive Formen von Arbeit, Konsum und Leben geschaffen werden, doch stellen die Bezugsgruppen als Ausgangspunkt eine dafür allemal besser geeignete Form und Ansatz dar, als die o.g. Bündnisse und Föderationen der politischen Gruppen.

... die ergänzt werden muss.

Damit eine solche Organisierung diesen Zweck erfüllt, ist es außerdem nötig, sie mit anderen Formen der Organisierung und Politik zu verschränken, welche als Basis nicht eine solche, relativ starke, politisch-soziale Affinität haben. Hier fallen mir z.B. die seit längerem in den USA und inzwischen auch in der BRD diskutierten und existierenden "Solidarischen Netzwerke", Basisgewerkschaften wie die FAU und lokal organisierte, themenspezifische politische Gruppen ein. Auch lokale und regionale Vernetzungen zum Zweck des Austauschs, weniger zum gemeinsamen Auftreten in der Öffentlichkeit, können hier genannt werden.

Auch wenn diese ähnliche Tendenzen aufweisen können, wie die im vorherigen Teil behandelten Organisierungsund Politikformen, besteht doch ein großer Unterschied zu ihnen darin, dass sie sich auf spezifische Themen konzentrieren und als Basis der Organisierung die gemeinsame Betroffenheit und die daraus entstehende Verbindlichkeit haben. Sie sind daher auch eher in der Lage nachhaltig konkrete Solidarität und Widerstand vor Ort und entlang der Bedürfnisse der Menschen zu organisieren und laufen damit weniger Gefahr eine Politik zu betreiben, welche abstrakt und ohne Bedeutung für diese und ihren Alltag ist. Zugleich sind sie in der Öffentlichkeit sichtbarer und ansprechbarer als die politischen Bezugsgruppen und bieten so Zugänge zu ihnen und ihrem Ansatz.

Abschließende Worte

Bei all dem will ich nicht völlig gegen regionale, überregionale oder transnationale Vernetzung, Kampagnen und anderes plädieren, was ich zuvor dem abstrakten Politik- und Organisierungsansatz zugeordnet habe. Allzu oft erlebe ich diese jedoch als radikales Spektakel, welches angesichts linksradikaler Ohnmachtsgefühle und Ratlosigkeit quasi als Ersatz für eine wirksame Politik dient und den Beteiligten suggeriert gesellschaftliche Bedeutung und Wirksamkeit zu besitzen⁴. Anders kann ich mir nicht erklären, warum die sporadische Präsenz in den Medien durch Kongresse, Großdemos, Aktionen zivilen Ungehorsams und Riots so abgefeiert wird, da sie schon wegen ihrem eben nur sporadischem Auftretens, im Hinblick auf die gesellschaftliche Präsenz und

Wirksamkeit allenfalls symbolischen Wert haben. Leider sind sie in den meisten Fällen gerade nicht Ausdruck der gesellschaftlichen Verwurzelung linksradikaler Organisationen und Politiken und von auf dieser Basis zugespitzten sozialen Kämpfe, sondern eben ein radikales Spektakel ohne Substanz, das umgekehrt diese auf magische Weise erzeugen soll. Anstatt dass die Ausgangspunkte eine lokale stabile gesellschaftliche Verwurzelung und soziale Kämpfe sind und diese dann auf eine regionale, überregionale etc. Ebene gehoben werden, versucht man den umgekehrten Weg zu gehen und wundert sich, dass vom radikalen Spektakel nichts bleibt, sobald die Aktivist*innen wieder abgereist sind, die man unter komplettem Einsatz und Verbrauch der wenigen lokalen Ressourcen mühsam herangekarrt hat. Selbstverständlich haben solche Events eine gewisse Funktion darin, Alternativen und Kritik sichtbar zu machen und haben daneben einen sicherlich nicht zu vernachlässigen Stellenwert in der politischen Sozialisation vieler Linksradikaler. Das sollte aber nicht verwechselt werden mit einer realen gesellschaftlichen Wirksamkeit der radikalen Linken und einer damit verbundenen Fähigkeit gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.

Endnoten:

¹ Gegenüber diesen wäre aber in meinen Augen eine wesentlich konfrontativere und kompromisslosere Kritik notwendig. Wer sich positiv und kokettierend auf Mao und Stalin bezieht und offen mit Begriffen wie "einheitliche politische Linie" und "demokratischen Zentralismus" arbeitet, die Bildung von Parteien und die Erlangung der Staatsmacht propagiert, implizit Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken kultiviert und mit autoritären Formen von Kritik- und Selbstkritik versucht interne Disziplin und Linie durchzusetzen, hat nichts aus der Geschichte gelernt und ist als Gefahr für emanzipierende Bestrebungen zu betrachten. Begriffe wie "Sozialismus", "Kommunismus", "Proletariat" oder "Emanzipation" sind in solchen Gruppen nichts anderes als inhaltsleere Begriffe, die, als Adjektive verwendet, dazu dienen herrschaftsförmige Organisierungs- und Politikformen zu legitimieren, die sich aber nicht wesentlich von den bürgerlichen unterscheiden. Eine "sozialistische", "kommunistische" oder "proletarische" Partei oder auch ein Staat, bleiben das was sie sind – eine Partei oder Staat und damit Gewalt, Ausbeutung und Herrschaft.

² Die ALA würde sicher bestreiten, dass sie primär diskursorientiert ist und es ihr vielmehr um die Schlagfertigkeit der anarchistischen Bewegung geht. Ich glaube, dass diese primäre Diskursorientierung dennoch implizit bei der ALA vorliegt und sich daraus ergebende Tendenzen und Eigenschaften dennoch vorliegen.

³ Politische Kommunen leisten ähnliches und stellen Formen dar, welche das Teilen von Alltag und Ressourcen sehr weitgehend praktizieren. Was ich hier unter politischer Bezugsgruppe verstehen will, legt im Verhältnis dazu den Schwerpunkt eher auf die Affinität und die Betroffenheit - Alltag und Ressourcen werden nicht im gleichen Maße geteilt, was die Bildung von politischen Bezugsgruppen niedrigschwelliger macht.

Gleiches gilt für den moralischen Ruf nach mehr Verbindlichkeit, welcher sich nicht mit der Frage aufhält, was das Individuum zu mehr Verbindlichkeit veranlassen könnte, oder was es für mehr Verbindlichkeit bräuchte, sondern dies voluntaristisch einfordert und als letztes Mittel, um sich geltend zu machen, nur zu autoritären Mitteln greifen kann.



Anzeigen





FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BIELEFELD

Das ANARCHISTISCHE FORUM OWL trifft sich jeden Mittwoch ab 18 Uhr im FAU-LOKAL in der Metzer Str. 20 (Ecke Mühlenstr.) in Bielefeld. Hier diskutieren wir, planen gemeinsame Aktionen, führen Veranstaltungen durch und bereiten die Revolution vor

ANARCHISTISCHE KLASSIKER*INNNEN: Jeden 2. Mittwoch im Monat stellen wir ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal anarchistische Klassiker*innen und ihr Leben und Werk vor.

SCHWARZER FREITAG: Am letzten Freitag im Monat zeigen wir Filme, stellen Bücher vor oder präsentieren alternative Projekte aus Bielefeld und OWL

LIBERTÄRER LESEKREIS: Alle zwei Wochen lesen wir gemeinsam in Horst Stowassers Einführung in den Anarchismus, ab 19 Uhr im FAU-Lokal

KÜCHE FÜR ALLE: An jedem 1. Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn

Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon

Scharnhorststr. 50, 44147 Dortmund

Mit regelmäßigen Öffnungzeiten von Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG

Jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26 mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

BR(A)NCH - Veganer Brunch mit wechselndem Programm

ab 12 Uhr Brunch, 14 Uhr Programm (Vortrag o.ä., aktuelle Infos: lila.noblogs.org) Jeden letzten Sonntag im Monat im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

"Zum Kuckuck" - offenes anarchistisches Treffen

Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

Offene anarchistische Bibliothek

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 17 Uhr im SUSI Café, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg

GÖTTINGEN

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen

Halboffene Gruppe mit verschiedenen Schwerpunkten (aktuell: Arbeitskampf an Hochschulen, anarchistische Agitation und Freiräume)

Kennenlernen jeden letzten Sonntag im Monat, ab 15 Uhr im JuZI (Bürgerstr. 41 - Göttingen) beim anarchistischen Café Mailadresse: asjgoe@ungehorsam.ch

KARLSRUHE

Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr vegane Vokü in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KASSEL

Anarchistisches Info-Café

Jeden zweiten Sonntag des Monats, 15 bis 18 Uhr Infoladen "…an der Halitstraße" (Holländische Str. 88, Kassel)

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum

Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr

im Infoladen des Autonomen Zentrums (Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)

Jeden 1. + 3. Dienstag im Monat ab 18:30 Uhr in der Gleiserei, Kontakt über asjleipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)

Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

Theorie-AG der ASJL

Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

$\label{eq:linear_loss} Anka\ L-das\ monatliche\ Antifa-Caf\'e\ des\ Libert\"aren\ B\"undnis\ Ludwigsburg\ (LB)^2\ (mit\ Vok\"u)$

Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

NÜRNBERG

Vefa (veganes Essen für Alle) von Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg

Jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg



Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen Kontakt: fda-organisation@riseup.net fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen Kontakt: secretariat@i-f-a.org

i-f-a.org Berlin

Anarchistisches Radio Berlin Kontakt: aradio-berlin@riseup.net aradio.blogsport.de

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation

Libertäre Aktion Frankfurt Oder Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.nd laffo.blogsport.eu

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg) Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Karakök Autonome Türkei/Schweiz Kontakt: laydaran@immerda.ch karakok.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr Kontakt: afrr@riseup.net afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund Kontakt: agdo@riseup.net agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld Kontakt: agkrefeld@riseup.net agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet Kontakt: agoer@riseup.net afrheinruhr.blogssoort.de

Anarchistisches Kollektiv Köln Kontakt: anarchokoeln@riseup.net apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark - queerfeministische Gruppe Dortmund Kontakt: lilalautstark@riseup.net

fabzi – feministische und anarchistische Broschüren und Zines

li(e)beration Wuppertal Kontakt: lieberation@riseup.net lieberation.wordpress.com

Kontakt: mail fabzi@riseup.net

lilalautstark.noblogs.org

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe Kontakt: afowl@riseup.net afowl.noblogs.org

Aktion & Organisierung Kassel Kontakt: kassel_a@riseup.net a-o-ks.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest' Kontakt: info@a-netz.org a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim Kontakt: info@anarchie-mannheim.de anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern Kontakt: aikl@riseup.net aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau Kontakt: a-ini-og@immerda.ch aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg Kontakt: lb-hoch2@riseup.net lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe Kontakt: lka@riseup.net lka.tumblr.com

Auf der Suche (Nürnberg) Kontakt: aufdersuche@riseup.net aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München) Kontakt: lava-muc@riseup.net lavamuc.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln Kontakt: aboutfem@riseup.net aboutfem.blogsport.de

KONTAKTE

ASJ Bonn Kontakt: asjbonn@riseup.net asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen

Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig

Kontakt: asj-leipzig@riseup.net asjl.blogsport.de

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt) Kontakt: lila-f@riseup.net lila.noblogs.org

A4 Unplugged (Zürich)

Kontakt: info@a4druck.ch Ort: Koch Areal

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden Kontakt: faudd@fau.org fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln Kontakt: a.f.koeln@riseup.net anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv

Kontakt: info@it-kollektiv.com it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund) Kontakt: black-pigeon@riseup.net blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net schwarzerub.blogsport.de

F54-Siebdruckkollektiv Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup